

Die Kritik der SPD. an der Notverordnung aber hat geradezu den Weg für die Erschließung weiterer Einnahmequellen für das Reich und die Arbeitslosenversicherung gewiesen. Ohne in diesem Rahmen eine erschöpfende Aufzählung aller möglichen Einnahmesteigerungen geben zu können, seien hier nur die nächstliegenden Möglichkeiten aufgezeichnet, die ohne Sozialabbau die Bilanzierung von Einnahmen und Ausgaben gewährleisten. Dazu gehören:

	Reichswert
Umbau der Krisensteuer durch volle Heranziehung der Veranlagungspflichtigen	120 Millionen
Aufhebung der verminderten Krisensteuer für Landwirte	40
Krisensteuer für Körperschaften (nur 2 Proz.)	40
Ausgleichsabgabe für inländische Minerale	40
Einsparung der Subvention für den Steinkohlenbergbau	30
Einsparung für weitere vorgesehene Subventionen	40
Aufhebung der Befreiung der Beitragsleistung für Arbeitslosenversicherung in der Landwirtschaft	120

Die Sozialdemokratie wird auch un schwer feststellen können, wo Härten und dringliche Notlage zu mildern sind. Neben der unsozialen Staffelung der Gehaltskürzung für Beamte und Belastungen für Kriegs- und Sozialrentner muß im Mittelpunkt der Beratungen die Revision der Abbauvorschrift über die Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge stehen. Die Kürzung der Unterstützungssätze von 7 bis 14. Proz. fällt zusammen mit dem Lohnabbau der letzten Monate, der ohnehin automatisch eine Senkung der Unterstützungen bringen mußte, abgesehen davon, daß auch noch die Berechnungszeit für den Einheitslohn auf 13 Wochen verkürzt worden ist. Hier ist der Ausgangspunkt einer Änderung der Notverordnung. Die Verschlechterung für die Saisonarbeiter, deren Arbeitslosigkeit in Wirklichkeit nichts mehr mit Saisonerscheinungen zu tun haben dürfte, ist vielfach. Zur Verkürzung der Unterstützungsdauer in der Versicherung, kommen hinzu eine allgemeine Kürzung der Krisensätze, wie sie sich aus den veränderten Sätzen der Versicherung ergibt, und die Bestimmung, daß die geringen Krisensätze nicht nur in den Monaten der berufsbüchlichen Arbeitslosigkeit, sondern für das ganze Jahr gelten sollen. Die Verlängerung der Wartezeiten und die Bedürftigkeitsprüfung für erwerbslose verheiratete Frauen kennzeichnen den Charakter der Notverordnung.

Die sog. Autonomie der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und eine unbegrenzte Ermächtigung der Reichsregierung würden in der Fassung der Verordnung geradezu zwangsweise den weiteren Leistungsabbau der Arbeitslosenversicherung zur Folge haben.

Die Arbeitsdienstpflcht und der Einbruch in das Tarifrecht kommen einer Zurückraubung des modernen Arbeitsrechts in die vorkriegszeitlichen Zustände des Betriebsabsolutismus gleich. Eine Reihe weiterer Abbaumaßnahmen, die Dreigliederung der Krisensteuer und die Aufhebung der Lohnsteuerrückstattung vervollständigen das dunkle Bild der Lage.

Es wäre müßiges Beginnen, durch die Verwickelung des amerikanischen Vorschlages eine psychologische Entspannung innerhalb der Bourgeoisie herbeiführen zu wollen, wenn nicht gleichzeitig die Armeisten der Armen, aber auch die ganze Arbeiterklasse eine unmittelbare Wirkung der Reparationserleichterung verspüren sollten. Es ist genug des Elends, es gilt zu helfen. Die Sozialdemokratie hat ihre Bereitschaft zur Sanierung des Reiches auf einer sozialen Grundlage hinreichend bekundet. Die Reichsregierung aber hat viel nachzuholen. Das Ventil muß geöffnet werden, ehe es zu spät ist!

Berliner Vertrag verlängert.

Bis 1933.

Der deutsche Botschafter in Moskau, Dr. v. Dierken, und der stellvertretende Botschaftsminister für auswärtige Angelegenheiten der Sowjetunion, Krestinski, haben, wie amtlich mitgeteilt wird, durch Unterzeichnung eines Protokolls den am 24. April 1926 zwischen dem Deutschen Reich und der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken geschlossenen Vertrag sowie den dazugehörigen Notenwechsel verlängert. Gleichzeitig ist das zwischen den beiden Regierungen am 25. Januar 1929 geschlossene Schlichtungsabkommen mit der Geltungsdauer des genannten Vertrags in Einklang gebracht worden.

In dem unterzeichneten Protokoll wird der Absicht der beiden Regierungen Ausdruck verliehen, durch die Verlängerung des Vertrages die zwischen dem Deutschen Reich und der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken bestehenden freundschaftlichen Beziehungen fortzusetzen, die im Interesse beider Länder liegende Zusammenarbeit weiter zu pflegen und zugleich zur Sicherung des allgemeinen Friedens beizutragen. Der Vertrag kann mit einjähriger Kündigungsfrist erismäßig am 30. Juni 1933 gekündigt werden, andererseits läuft er automatisch weiter. Das Protokoll unterliegt der Ratifikation.

Die russischen Geheimakten.

Der erste Band publiziert.

Nach Deutschland, England, Oesterreich und Frankreich hat nun auch die Sowjetregierung begonnen, die diplomatischen Geheimakten der Vorkriegszeit in wissenschaftlicher Vollständigkeit zu veröffentlichen. Der erste, soeben erschienene Band umfasst, wie Professor Urehow auf der Sonntagstagung des Arbeitsausschusses der deutschen Verbände im Herrenhaus mitteilte, das erste Vierteljahr 1914. Die Zeit von 1911 bis 1915 wird in zwölf Bänden veröffentlicht.

Hafenkreuz-Defraudant.

Sturmführer unterschlägt Parteigelde.

München, 29. Juni. (Eigenbericht.)

Der bisherige nationalsozialistische Sturmführer Heinz Bähler, zuletzt im Stabe der Gruppe Nordwest, ist wegen Unterschlagung ihm anvertrauter Parteigelde aus der Nationalsozialistischen Partei ausgeschlossen worden. Bähler soll sich außerdem als kommunistischer Spion betätigt haben.

Die Knüppeluniversität.

Wie wäre es mit Studieren?

Ein uraltes, mit großer Hartnäckigkeit sich erhaltendes Gerücht behauptet, daß eine Universität ein Ort sei, an dem eine Anzahl lernbegieriger junger Leute dem Studium der Geisteswissenschaft obliegen. Vor dem Kriege konnte davon gewiß keine Rede sein. Im Rechtsausschuß des Preussischen Landtags gab es dazu unlängst eine hübsche Illustration. Bei der Beratung der Frage, ob eine Verlängerung des juristischen Studiums von sechs auf sieben Semester notwendig sei, bekannten eine Anzahl Ausschuhmmitglieder, heute z. T. prominente Vertreter der Rechtsgelahrtheit, daß sie von ihren sechs Semestern noch nicht die Hälfte zum Zwecke des Rechtsstudiums in Anspruch genommen hätten. Den Vogel schloß ein auf der Rechten sitzender Adliger ab, der in gemühtlicher Offenherzigkeit verriet: während der ersten fünf Semester seines Studiums habe er die Universität überhaupt nicht betreten, im sechsten Semester auch nicht, aber da habe er einen Repektor besucht und darauf sein Examen bestanden. Es liegt uns fern, diesen achtbaren Bekennern durch öffentliche Nennung seines Namens zu entnütigen; denn als verarmter Adelsproß ist dieser Herr heute auf die Einkünfte seiner — Rechtsanwaltspraxis angewiesen.

Nach dem Kriege soll das allerdings anders geworden sein. Immer wieder wird auf den Typ des Werkstudenten hingewiesen. Gewiß gibt es ihn, und unter den studierenden Kindern von Arbeitelern bildet er die Regel, wie es übrigens auch vor dem Kriege Tausende von unaufrichtigen Studenten gegeben hat, die neben fleißigem Studium noch ihr Brot durch Stundengeben verdienen.

Aber an der Oberfläche ist heute wie damals jener andere Typ, dem es nicht um das Studieren, sondern um die „alte Burschenherrlichkeit“ geht. Für die Nazistudenten ist es Hauptsache, ihre reaktionäre Gesinnung durchzusetzen, die Andersdenkenden zu terrorisieren, mag es über

ihren Radausfandalen auch zur Schließung der Universität kommen. Die Biffenschaftlichkeit dieser Gesellschaft erschöpft sich in Hepp-Hepp-Geschrei, im Demolieren der Anschlagblätter sozialistischer und kommunistischer Studentenorganisationen, im Bandenüberfall auf an Zahl geringere Gegner.

In der Strafrechtskommission des Reichstags war viel von der deutsch-österreichischen Angleichung des Strafrechts die Rede. Unseren Studenten scheint mehr an der Angleichung der Vergehen gegen das Strafgesez zu liegen, indem sie die Wiener Universitätsgesetze auf Berlin übertragen!

Der Staat ist den Studenten gegenüber von traditioneller Langmut. Ihre Exzesse hat er in früheren Zeiten mit zwinerndem Wohlwollen betrachtet, das er anderen Bevölkerungsklassen in jeder Beziehung verweigerte. Eine demokratische Republik kann ein Studentenprivilegium auf Skandal und Klamauk nicht zulassen. Am wenigsten, wenn es sich um keinerlei harmlosen Bierulk mehr handelt, sondern der Klamauk sich letzten Endes gegen sie selber richtet.

Es ließe sich den hakenkreuzerischen Exzedenten klar machen, daß drei Viertel ihrer Ausbildungs-kosten, 1000 M. und mehr auf den Kopf des Studenten, der gelammte Staat bezahlt, und daß es die verärferteten Parlamente sind, die diese Summen bewilligen. Schließlich leben wir ja in allem anderen als in Geldüberfluß. In der Zeit der Notverordnungen hat der Staat bestimmt nicht nötig, Millionen auszugeben, um einer Horde von Naziraubolden Aufmarschgelände für Exzesse kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Es gäbe Mittel, dies den auffässigen Herren Staatsstipendiaten, die nicht arbeiten, sondern demonstrieren und gegen Andersgesinnte terrorisieren wollen, begreiflich und sehr fühlbar zu machen.

Steuerrückstände.

Eine soziale Ungerechtigkeit.

Auf Verlangen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion legt das Reichsfinanzministerium dem Reichstag halbjährlich einen Ueberblick über die Rückstände und Stundungen bei den Besitz- und Verkehrssteuern und den Zöllen und Verbrauchsabgaben vor. Die neueste Uebersicht, die die Zeit bis zum 1. April 1931 erfaßt, ergibt Rückstände bei den Besitz- und Verkehrssteuern in Höhe von 635 Millionen und bei den Zöllen und Verbrauchsabgaben von 90 Millionen.

Während sich die Rückstände bei den Zöllen und Verbrauchsabgaben kaum verändert haben, sind die Rückstände bei den Besitz- und Verkehrssteuern in den letzten Jahren erg gestiegen. Sie betragen am 1. Oktober 1930 knapp 600 Millionen und am 1. April 1931 nur 532 Millionen.

Der Reichsfinanzminister sagt, daß sich das Anwachsen der Rückstände aus der schlechten Wirtschaftslage erkläre. Stimmt das, dann muß man sich nur wundern, daß die Rückstände im Verhältnis zu dem katastrophalen Rückgang der Steuereinnahmen nicht stärker angeschwollen sind. Tatsächlich ist das Ansteigen doch nur ein Beweis dafür, daß die größten Steuerausfälle nicht durch Rückstände und Stundungen, sondern durch Erlaß und Niedererschlagung entstehen. Warum gibt man hierüber keine statistische Aufklärungen? Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat das seit Jahren verlangt. Das Reichsfinanzministerium hat es mit Hilfe der bürgerlichen Parteien immer wieder verstanden, eine solche Erhebung zu vereiteln. Diese Erleichterung der Finanzverwaltung muß eine sehr teure Angelegenheit sein. Wagt das Reichsfinanzministerium nicht, darüber Rechenschaft abzulegen?

Bei Einzelergebnissen ist von Interesse, daß die Rückstände bei der veranlagten Einkommensteuer etwa ein Drittel des Aufkommens im letzten halben Jahre betragen. Bei der Körperschaftsteuer sind es dagegen rund 60 Proz. Bei der Vermögenssteuer beträgt der Anteil noch nicht ein Sechstel, bei der Industriebelastung wiederum ein Drittel. Daraus ist folgender Schluß zu ziehen: Bei den großen Einkommen und Vermögen gehen die Steuern viel schlechter ein als bei den kleinen Einkommen und kleinen Vermögen.

Die Verwaltung der Rückstände und die Zunahme der Niedererschlagungen wirkt doppelt ungerecht, weil die Notverordnung den Lohnsteuerpflichtigen den Erstattungsanspruch nimmt. Schon bisher waren die Lohnsteuerpflichtigen benachteiligt, weil sie ihre Steuern in allen Fällen sofort zahlen mußten und keine Stundung beanspruchen konnten. Das Unrecht wird jetzt vermehrt. Eine Erstattung der zwiefel gezahlten Lohnsteuer erfolgt nach der neuen Notverordnung nicht mehr. Es handelt sich hier bei den Lohn- und Gehaltsempfängern jährlich um eine Summe von 70 bis 80 Millionen Mark. Diese Summe kam besonders den Arbeitslosen zugute, weil sich bei ihnen der Anspruch auf Erstattung ergab. Bildet es aber keine Lohnsteuerrückstattung mehr, dann ist es nur Gebot und Gerechtigkeit, auch die Erstattung und Niedererschlagung bei den Besitz- und Verkehrssteuern zu beseitigen.

Dem Ausschluß zuvorgekommen.

Nißglücker Zellenbildungversuch in Ludenwalde.

In Ludenwalde schwebte gegen drei Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei ein Ausschlußverfahren. Es handelte sich um den früheren Vorsitzenden Haderland, den probeweise als Redakteur angestellten W. Leisner, und den vor etwa Jahresfrist von der SPD. übergetretenen Schröder, die gemeinsam mit einigen anderen eine kommunistische Zelle zu bilden versuchten. Die drei Genannten sind ihrem Ausschluß durch den Uebertritt zur SPD. zuvorgekommen.

Deutschland noch keine Nation.

Neue Ansprache Seeverings bei einer Stein-Feier.

Frankfurt (Main), 29. Juni.

Bei der Stein-Gedächtnisfeier in der Paulskirche hielt der preussische Innenminister Seevering die Festansprache über das Thema: „Stein als Reformator Preußens“. Steins große und gewaltige Pläne, so sagte der Minister einleitend, hätten den Grundstein gelegt zu dem modernen Staat Preußen. Stein habe als einer der wenigen unter den Deutschen seiner Zeit erkannt, daß es fruchtloses Bemühen wäre, sich den Gedanken der Entwicklung und des Fortschrittes entgegenzustellen. Seevering schilderte eingehend die Einzelheiten des Steinischen Re-

formwertes und schloß seine Ausführungen: Steins Leistung und Steins Wirken haben ihre Krönung gefunden in dem Jahrhundert, das für Preußen durch seine Arbeiten eingeleitet wurde. Er kannte nur ein Vaterland, Deutschland! Und dieses Vaterland, das ihm als Ziel vorschwebte, kann nur erstehen durch ein Volk, das reif und mündig ist.

Geschichtliche Gedanktage sollen nicht nur dem Erinnern an eine große Vergangenheit gewidmet sein, sondern auch Mahnung für Gegenwart und Zukunft werden. Und da drängt sich die Frage auf, ob die lebende Generation der Deutschen das Volk ist, reif und befähigt, um die Ziele Steins durchzuführen. Das deutsche Volk hat heute Selbstverwaltung nicht nur in den Gemeinden, sondern auch in den Ländern und im Reich, und wo die Selbstverwaltung Einschränkungen durch Gesetze und Verordnungen erfährt, da geschieht es nur unter dem Zwang der Not der Zeit und um der höheren allgemeinen Ziele wegen. Ist das deutsche Volk mit diesen Rechten stets den Weg gegangen, den ihm die Steinischen Ideale zeigten? Es wäre eine verhängnisvolle Selbsttäuschung, wenn man diese Frage mit einem „Ja“ beantworten wollte. Die Dynastien und die Dynastien sind beseitigt, die Kleinraute aber besteht noch. Das deutsche Volk ist noch keine Nation geworden. Und der Geist der Selbstverwaltung, der schmerzlichen Vorteile lebt immer noch. Interessentenhäuten, auf eigenen oder Ständesvorteil bedacht, verstoßen auch heute gegen den wahren Geist der Selbstverwaltung, der ohne Selbstverpflichtung und Selbstverantwortung nicht denkbar ist. Neben mir dieser Mängel eingedenk und auch in der Erkenntnis, das Steins Sendung noch nicht erfüllt ist. Sie wird es sein an dem Tage, an dem das Sinnen und Schaffen aller dem ganzen Volke und darüber hinaus der Menschheit gehört.

Nach Seevering hielt noch Reichsinnenminister Dr. Birtz eine politische Gedächtnisrede auf Stein, in der er betonte, daß die Zeit reif sei zur Durchführung der Reichsreform. Ein Entwurf für diese sei in seinem Ministerium fertiggestellt und bereit, an den Reichstag zu gehen. Aber wer könne voraussehen, was dieser Reichstag in dieser Zeit aus der Reichsreform machen werde?

Francois-Poncet Botschafter in Berlin.

Nachfolger de Margerics?

Paris, 29. Juni. (Eigenbericht.)

Heute nachmittag war das Gerücht verbreitet, Unterstaatssekretär Francoi-Poncet soll demnächst als Nachfolger de Margerics zum Botschafter in Berlin ernannt werden. Ministerpräsident Laval, der bei seinem Besuch der Sitzung der Finanzkommission beizuhnte, hatte auf Anfrage der Kommission mitgeteilt, daß verschiedene Senatoren bei der Debatte über die Nachtragkredite für das verfloßene Finanzjahr die Absicht hätten, die Abänderung einer früheren Gesetzesbestimmung zu verlangen, wonach Parlamentarier nicht länger als 6 Wochen mit Missionen im Auslande betraut werden dürfen. Laval erklärte, daß wenn der Senat für diese Abänderung stimme, er sie in der Kammer verteidigen würde. Da er hinzufügte, daß er keinen Parlamentarier für eine Auslandsmission im Auge habe, nimmt man allgemein an, daß die gewünschte Abänderung des Gesetzes sich auf Francoi-Poncet bezieht. Die Finanzkommission hat ihren Beschluß über ihren Antrag vorbehalten.

Die Wahlen in Ungarn.

Budapest, 29. Juni.

Die Sonntagswahlen haben nur sehr wenige Ueberraschungen gebracht. Im Besitzstand der Regierungsparteien ist keine nennenswerte Änderung eingetreten.

Am heftigsten tobte der Wahlkampf im Bezirk Dombrov, wo Markgraf Pallavicini als einziger Kandidat mit legitimistischem Programm dem Staatssekretär im Handelsministerium Nikolaus Raßay gegenüberstand. Pallavicini trug mit 7000 Stimmen den Sieg davon, während sein Gegenkandidat nur 5400 Stimmen auf sich zu verzeichnen vermochte.

Unter den neu gewählten Abgeordneten befindet sich mit dem Programm der Christlichen Wirtschaftspartei Graf Apponyi, ein Sohn des Grafen Albert Apponyi.

Die Flaggenschiffung in Ostgrönland. Der norwegische Ministerpräsident erklärte zu der Flaggenschiffung in Ostgrönland, daß die Regierung von der norwegischen Jagdexpedition darüber keine Benachrichtigung erhalten hätte. Der Leiter der Expedition sei von der Regierung zu einer solchen Handlung weder ermächtigt worden, noch hätte die Regierung davon irgendeine Kenntnis gehabt.

Die Verantwortung der Partei.

Hans Vogel spricht auf dem niederbayerischen Parteitag.

Regensburg, 29. Juni. (Eigenbericht.)

Auf dem in Regensburg abgehaltenen Parteitag des Bezirkes Oberpfalz-Niederbayern sprach der Parteivorstand Hans Vogel über den Kampf der deutschen Sozialdemokratie mit der Gegenrevolution.

Mit überzeugender Logik legte Vogel die tieferen Ursachen der gegenwärtigen Not dar und begründete die zwingende Folgerichtigkeit der aus dieser Not heraus geborenen Taktik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und ihre Haltung zum Brüning-Kurs. Noch nie habe eine Begehung eine so starke berechtigte Verbitterung bei den breiten Massen ausgelöst wie die letzte Notverordnung. In ihr spiegelte sich der Wille des konsolidierten und konzentrierten Kapitalismus, die 1918 im Zustand der Schwäche gemachten sozialen Zustände mit aller Macht wieder zurückzuerobern, wieder. Für die Sozialdemokratie stehe auch heute noch im Vordergrund der Kampf um die Erhaltung der Demokratie und der Republik. Die Sozialdemokratie könne das va-banque-Spiel der Diktatur nicht dulden, wolle sie nicht die sozialen Ertragsverhältnisse opfern. Wer die von der sozialdemokratischen Fraktion eingehaltene Taktik grundsätzlich ablehne, der mühte sich klar darüber sein, daß dann als der andere Ausweg nur der eines bewaffneten Aufstandes, der Bürgerkrieg bleibe. Niemand vermöge gegenwärtig zu sagen, ob der deutschen Arbeiterklasse dieser Weg erspart bleibe, ob wir uns nicht eines Tages mit den Waffen der Gewalt zur Wehr sehen müssen, wenn der Kapitalismus sich offen dem Faschismus in die Arme wirft und an die Gewalt appelliert.

Kein Wort der Kritik sei zu scharf gegenüber der Notverordnung, diesem Triumph der sozialen Reaktion. Die Sozialdemokratie habe darum volles Verständnis für die ungeheure Erbitterung in den Arbeitertreuen. Man schäme sich ja, immer wieder sagen zu müssen, daß die Sozialdemokratie unter normalen Verhältnissen diese Ungeheuerlichkeiten der Notverordnung nicht hätte passieren lassen. Das Ziel der Notverordnung, nämlich die Sanierung der öffentlichen Finanzen, erkenne selbstverständlich auch die Sozialdemokratie an. Auch sie sei an geordneten Finanzen sehr stark interessiert. In dieser Richtung gehe ihr die Notverordnung nicht einmal weit genug. Sie wende sich aber dagegen, daß die geplante Finanzsanierung fast ausschließlich auf Kosten der breiten Massen, der Armen und der Kerkern gehe. Die Einberufung des Reichstages hätte aber unter den gegebenen Umständen nicht eine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung der Notverordnung gebracht.

Vogel schilderte dann im einzelnen die Vorgänge im Reichstag und zeigte die möglichen Folgen des zeitweilig drohenden Rücktritts Brüning's auf, darunter die der Einsetzung eines Direktors, in dem einer der größten Verderber Deutschlands, Dr. Schacht, die Hauptrolle hätte spielen müssen. Die Folge wäre eine neue Vertrauenskrise des Auslandes gewesen, äußerste Steigerung der Not, weitere Stilllegungen und Anschwellen der Arbeitslosigkeit. Die Leidtragenden wären wiederum ausschließlich die Arbeitermassen gewesen. Die ganze Isolierungspolitik der Sozialdemokratie laufe schließlich nur darauf hinaus, ihr ein gewisses Maß von Einfluß auf die sozialen Entscheidungen der Reichsregierung zu sichern. Bezüglich der jugendlichen Arbeitslosen bis 21 Jahren und der Gemeinde- und Staatsarbeiter habe sich Brüning schon bereit erklärt, Änderungen in dem gewünschten Sinne vorzunehmen. Unter dem Druck der Sozialdemokratie hat sich Brüning auch bereit erklärt, früher als am 12. Oktober in weitere Verhandlungen einzutreten. Wenn man jeztmal der Lieberzeugung sein könne, daß die Reichstagsfraktion unrichtig gehandelt habe, so genüge die Entwicklung, vor allem das Angebot des amerikanischen Präsidenten Hoover, daß sie richtig entschieden habe. Die Sozialdemokratie nehme den neuen Plan nicht zum Anlaß, neue Forderungen an die Regierung zu stellen, sie erinnere aber an ihre Forderungen, die sie gestellt habe, als von den finanziellen Erleichterungen noch nichts zu sehen gewesen sei. Die Sozialdemokratie sei sich ihrer großen Verantwortung bewußt. Sie wisse, daß ihre Taktik — aus heißer Liebe für die Arbeiterklasse geboren — schwerste Anforderungen an die wirtschaftliche Vernunft, an die politische Einsicht und an die proletarische Disziplin der Partei stelle. Schlecht sei der Klassenkämpfer, der es nur in den politischen Gutzeiten sei, aber manchen werde, wenn die Zeiten bewegt und schwierig werden.

Vogel's Ausführungen wurden mit begeistertem Beifall aufgenommen.

Kommunistische Niederlage.

Schwere Schlappe bei Konsumwahlen.

Braunschweig, 29. Juni. (Eigenbericht.)

Die Braunschweiger Kommunisten haben bei den Vertreterswahlen zum Allgemeinen Konsumverein eine vernichtende Niederlage erlitten. Die Sozialdemokraten erhielten 3414, die Kommunisten 624 und die kommunistische Opposition 153 Stimmen.

Das Braunschweiger Volksbegehren.

Notwendige Stimmenzahl erreicht.

Braunschweig, 29. Juni. (Eigenbericht.)

Das kommunistische Volksbegehren auf Auflösung des Braunschweigischen Landtags hat die erforderliche Zahl von einem Zehntel aller Wahlberechtigten, das sind 35 000 Stimmen, erreicht. Der Landtag wird sich nunmehr mit dem Gesetz auf Auflösung beschäftigen müssen. Lehnt er das Gesetz ab, dann muß der Volk durch Volksentscheid befragt werden.

Strafanträge im Uralzef-Prozess.

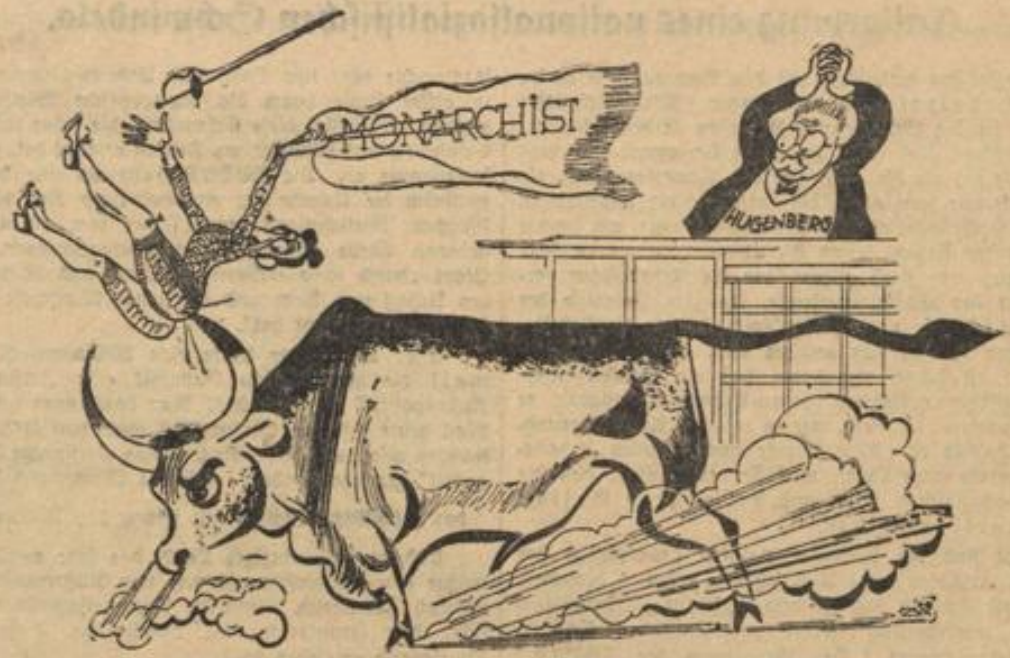
Vier Jahre Gefängnis für den Hauptangeklagten.

Dresden, 29. Juni.

Im Prozess Uralzef wurde am Montagmorgen vom Staatsanwalt für den Hauptangeklagten Uralzef wegen fortgesetzten Betruges und Urkundenfälschung eine Strafe von vier Jahren Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft sowie Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre beantragt.

Für Dr. Steinmeyer wurden sechs Monate Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft und Aufhebung des Haftbefehls, für den Angeklagten Bedenk zwei Jahre Gefängnis und zwei Jahre Ehrverlust beantragt. Für den Angeklagten Schrader beantragte der Staatsanwalt eine Gefängnisstrafe von einundzwanzig Jahren bei Anrechnung der Untersuchungshaft und für den Angeklagten Rifejes eine Strafe von acht Monaten Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt gelten soll.

Die spanische Wahl.



Das kommt unferm Hugenberg spanisch vor!

Unbegreiflicher Freispruch.

Der Prozeß gegen die „Welt am Abend“. — Die Kommunisten geben ihre Lügen zu.

Vor dem Amtsgerichtsrat v. Platen fand heute morgen der Verteidigungsprozeß des Genossen Abramowitsch gegen den Redakteur der „Welt am Abend“, Hurlig, statt. Der Rechtsbeistand des Genossen Abramowitsch, RA. Otto Landsberg, legte dar, die Ausdrücke „niederträchtige und verleumderische Ausrede“ in bezug auf die Gründe, die den Kläger veranlaßten, nicht als Zeuge nach Rußland zu gehen, seien unbedingt beleidigend. Wenn der Kläger auf der Pressebesprechung erklärt habe, er könnte in Rußland unter Umständen „Opfer eines Eisenbahnunglücks“ oder eines Banditenüberfalles werden, denn dies seien ja in Sowjetrußland die beliebtesten Methoden, Gegner zu beseitigen, so dürfe das nicht als „niederträchtige und verleumderische Ausrede“ bezeichnet werden. Der Nebenkläger ist aber nachweislich im Juli und im August nicht in Rußland gewesen, er brauche also gar keine Ausflüchte zu machen. Die Behauptung des Artikels, daß der Nebenkläger durch seine Weigerung, sich vor dem Obersten Gerichtshof mit dem Angeklagten konfrontieren zu lassen, die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen als zutreffend anerkannt habe, enthalte den Vorwurf des Landesverrats gegen das Land, dessen Bürger er auf Grund seines Passes auch heute noch ist. Es sollte damit gesagt werden, daß er im Interesse der Internationalisten eine internationalistische Tätigkeit entfaltet und zu diesem Zweck unter anderem auch französische Geld bekommen habe. Daß diese Behauptung eine läbliche Nachrede darstelle, liege auf der Hand.

Rechtsanwalt Dr. Fritz Löwenthal erwiderte darauf namens der Beklagten, es sei von den Angeklagten im Moskauer Prozeß niemals behauptet worden, daß der Nebenkläger gerade in den Monaten Juli und August in Moskau gewesen sei. Er könne sich ja dort zu einer anderen Zeit aufgehalten haben; daß die Partei des Nebenklägers mit auch die zweite Internationale im ganzen mit dem Gedanken der Intervention spiele, könne dagegen mit einer Unzahl von Beweisen belegt werden. Rechtsanwalt Landsberg entgegnete darauf, daß es dem Kläger schwer fallen dürfte, selbst nur einen einzigen derartigen Beweis zu erbringen. Das Gegenteil sei richtig.

Abramowitsch bezeichnete die Behauptung des Klägers,

es sei nicht die Rede vom Juli und August gewesen, als feigen Zurückzieher und erbrachte durch Zitate aus den Beständen der Moskauer Angeklagten den Beweis dafür, daß stets von Juli und August die Rede gewesen sei.

Aus dem Verhalten des Richters zu den Erklärungen der Partei war von vornherein ersichtlich, daß er die schwierige Materie nicht beherrscht und gewillt sei, sich auf das rein Formale zu beschränken. Er bestimmte auch gar nicht, wie das in ähnlichen Verteidigungsprozessen stets geschieht, einen Verteidigungstermin, sondern war mit seinem Urteil nach etwa fünf Minuten langen Beratungen mit sich selbst fertig.

Das Urteil lautete: Der Angeklagte wird freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens trägt der Kläger. In der Urteilsbegründung führte der Amtsgerichtsrat von Platen unter anderem aus: Der Artikel der „Welt am Abend“ stelle bloß einen Bericht über die Pressekonferenz dar, in der Kläger über die angebliche Rolle, die er im Moskauer Prozeß gespielt haben soll, Informationen gab. Dieser Bericht entspricht den Tatsachen. Der zweite Teil des Artikels der „Welt am Abend“ enthält Schlussfolgerungen. Für diese Schlussfolgerung steht dem Beklagten der § 193 zur Seite. Wenn von einer „niederträchtigen und verleumderischen Ausrede“ gesprochen wird, so wird hierdurch nur die subjektive Meinung des Beklagten zum Ausdruck gebracht, daß ja was wie „Eisenbahnunglück“ und „Banditenüberfall“ in Sowjetrußland nicht möglich wäre.

Die Klage des Genossen Abramowitsch gegen die „Welt am Abend“ ist vor einem Amstichter verhandelt worden, dessen offenes Bestreben es war, die Sache ohne Vertiefung loszuwerden.

Der beklagte Kommunist und sein Verteidiger sind im entscheidenden Punkte tapfer zurückgewichen: sie haben die Behauptung fallen lassen, daß Abramowitsch im Juli oder August in Moskau gewesen sei, obgleich Arsenko diese Behauptung für bewiesen erklärt hat!

Gegen das gänzlich unverständliche Urteil ist Berufung eingelegt worden. Sie wird sicherlich Erfolg haben — was bei Urteilen dieses Amstichters nicht selten ist.

Die sozialistische Hochschulgemeinschaft.

Gründung in Braunschweig.

Am Sonntag vormittag fand im „Haus der geistigen Arbeit“ in Braunschweig im Anschluß an den „Sozialistischen Studententag“ die Konstituierung der vom Leipziger Parteitag eingerichteten Sozialistischen Hochschulgemeinschaft statt. Nach den vom Parteitag beschlossenen Richtlinien soll die sozialistische Hochschulgemeinschaft die Hochschulpolitik der Sozialdemokratischen Partei fördern und ihre studierende Jugend geistig, gesellschaftlich und wirtschaftlich stützen. Im Auftrage des Parteivorstandes konnte Genosse Staatssekretär a. D. Heinrich Schulz eine große Zahl von Gästen, vor allem Hochschullehrer und Vertreter der internationalen Organisationen, außerdem alle Teilnehmer des Sozialistischen Studententages, begrüßen und zahlreiche Zuschriften und Glückwünsche bekanntgeben. Genosse Schulz entwickelte vom Ausgangspunkt den Kampf um die Hochschulen, der in großen Linien Ziel und Aufgaben der Hochschulgemeinschaft, in die neben den Hochschullehrern und Studenten alle Vereinigungen angegliedert werden sollen, die der wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit der sozialistischen Praxis und der Förderung der sozialistischen Studenten dienen sollen. Auf einer verbreiterten Basis soll nunmehr mit verstärkter Kraft die bisher vor allem von der Studentenschaft betriebene Hochschularbeit gefördert und ausgebaut werden. Neuorientierung der Wissenschaft und Vertiefung der geistigen Grundlagen der Bewegung auf der einen, Förderung und Heranziehung der jungen Generation auf der anderen Seite sollen dem Kampf um die Durchdringung der Hochschule mit der Gedankenwelt des Sozialismus das Gepräge geben. In diesem Sinne hatte sich bereits in der vorausgegangenen öffentlichen Kundgebung des Studententages Genosse Prof. Hermann Heller für die Hochschulgemeinschaft ausgesprochen. In der schlichten Eröffnungsfeier der Hochschulgemeinschaft am Sonntag vormittag brachte eine Reihe von Organisationen ihre Bereitschaft zur Mitarbeit zum Ausdruck. Für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund sprach Genosse Lothar Erdmann, der zugleich den Dank des Vorsitzenden des ADGB, Theodor Leipart, für dessen Berufung in das Präsidium der Hochschulgemeinschaft überbrachte. Für den AIZ-Bund übermittelte Genosse Dr. Krenzling, für den ADB Genosse Kogur freundliche Wünsche. Mit großem Beifall wurden die Worte der Vor-

sitzenden des Bundes der Freunde sozialdemokratischer Studierender, Genossin Dr. Wegscheider, aufgenommen, die sich um die wirtschaftliche Förderung der Studenten sehr verdient gemacht hat. Für die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer fand Genosse Dr. Loewenstein besonders herzliche Worte, ferner sprachen für die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Ärzte Genosse Dr. Korach, für die Vereinigung sozialdemokratischer Juristen Genosse Landgerichtsdirektor Ruben, für den Intellektuellenbund verfierte Genosse Dr. Fopff die Mitarbeit für die neue Organisation. Zum Schluß sprach noch der Tagungsleiter des Studententages Genosse Bohmann-Wien den Dank der jungen Generation für die verständnisvolle Würdigung ihrer Arbeit auf dem steinigsten Boden der Hochschulen aus.

Genosse Schulz gab dann bekannt, daß der Parteivorstand bisher zum Eintritt in das vom Parteivorstand zu bestellende

Präsidium der sozialistischen Hochschulgemeinschaft

die Genossen Prof. Gustav Radbruch-Heidelberg, Prof. Julius Landier-Wien, Prof. Hermann Heller-Berlin, Theodor Leipart, Arthur Crispian, Heinrich Schulz, Dr. Hildegard Wegscheider und den Vorsitzenden der sozialistischen Studentenschaft Deutschlands und Österreichs Kurt Berkowicz aufgefordert habe. Der zur Durchführung der eigentlichen Arbeit zu bildende Arbeitsauschuß wird sich gleichfalls demnächst konstituieren. In seiner Schlussansprache wandte sich Genosse Schulz mit sehr warmen Worten an die junge Generation der sozialistischen Bewegung, die der Jugend immer verbleibende volle Bewegungsfreiheit zum verdoppelten Einsatz ihrer Kraft für die Erringung der großen Ziele der Sozialdemokratie zu nutzen. Nach der kurzen Feier wurden die Beratungen des Sozialistischen Studententages fortgesetzt.

„Das Landvolk“ verboten. Die in Ijehoe erscheinende Tageszeitung „Das Landvolk“ ist bis zum 14. August einschließlich verboten worden. Eine nähere Begründung des Verbotes steht noch aus. Die Wochenchrift „Das kämpfende Landvolk“ wurde ebenfalls auf drei Monate verboten.

Der evangelische Kirchenvertrag unterzeichnet. Im preussischen Staatsministerium sind am Montag die Ratifikationsurkunden zu dem Vertrage Preußens mit den Evangelischen Landeskirchen zwischen dem Präses D. Friedrich Winkler und dem preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braun ausgetauscht worden.

Feinde der Arbeitslosen.

Entlarvung eines nationalsozialistischen Schwindels.

Die Nationalsozialisten wetzeln mit den Kommunisten darin, die Gunst der Arbeitslosen zu erringen. Mit beispielloser Dreistigkeit nutzen sie die Erbitterung, die jeden Arbeitslosen erfüllt, für ihre politischen Ziele aus. In ihren Versammlungen und Zeitungen spielen sie sich als die Beschützer der Arbeitslosen auf, als ob sie in Wirklichkeit nur ganz allein die Interessen der Arbeitslosen vertreten. Vor dem Arbeitsamt, auf der Straße oder wo immer Arbeitslose beisammen stehen, lehren die kleinen Agitatoren stets dieselbe Melodie her: von dem „Staat, der die Arbeitslosen vernachlässigt“; von der Sozialdemokratie, die „im Interesse der Bonzen das Kapital schützt“; vom Hitler-Reich, in dem die Arbeitslosen die eigentlichen Herren sein werden usw. Wir kennen alle diese Worte. Sehr oft hören wir dann, daß ein Gewerkschaftsfallege oder ein Reichsbannerkamerad jenen Schwindel entlarvt; er hat seine Zeitung gelesen und weiß, wie es mit der Arbeiterfreundschaft der Nazis bestellt ist. Aber immer wieder lassen Arbeitslose jenem Lügengerede zum Opfer, weil sie nicht wissen, daß die Maske der Nationalsozialisten falsch und ihr wahres Gesicht brutal-arbeiterfeindlich ist.

In Wirklichkeit sind die Nationalsozialisten grundsätzlich der Ansicht, daß die Arbeitslosen keine Unterstützung erhalten brauchen. Der Programmpapst Feder sagt in dem Abschnitt „Arbeitslosenunterstützung und -versicherung“ seiner parteiamtlichen Erläuterungen zum Parteiprogramm („Das Programm der NSDAP.“ Seite 16):

„An sich ist es nicht Staatsaufgabe, arbeitsfähige Menschen auf Staatskosten zu ernähren.“

Das ist die grundsätzliche Ansicht der Nationalsozialisten. Und mit dieser grundsätzlichen Ansicht stimmt es überein, daß sie am 7. Juli 1927 im Reichstag das Arbeitslosenversicherungsgesetz ablehnten, ebenso wie die Kommunisten. Beide Parteien erklären seitdem, sie hätten die Arbeitslosenversicherung abgelehnt, weil die Unterstützungssätze zu niedrig gewesen seien. Tatsache ist, daß beide Parteien die Arbeitslosenversicherung ablehnten, und zwar die Kommunisten, weil sie hofften, daß die Arbeitslosen ohne irgendwelche Unterstützung für die sogenannte Weltrevolution „reifer“ werden würden, und die Nationalsozialisten, weil sie eben grundsätzlich der Ansicht sind, daß der Staat nicht die Pflicht habe, für die Arbeitslosen zu sorgen.

Schließlich sind die Nationalsozialisten Gegner jeder Sozialversicherung überhaupt, weil sie der ganz irrigen Meinung sind, der Versicherte betrachte ihre Leistung, auf die er doch einen gesetzlichen Anspruch hat, als „Almosen“, (Rosenberg, „Wesen, Grundzüge und Ziele der NSDAP.“ S. 30). Nach ihrem Willen würde also der Arbeitslose nicht einmal diese knappe Unterstützung erhalten.

Nicht nur jeder organisierte, sondern jeder in Arbeit stehende oder arbeitslose Angestellte und Arbeiter weiß, daß er täglich die grauenvollen Auswirkungen des Kapitalismus

an eigenen Leibe verspürt; er weiß, daß die Krise, die ihn arbeits-

los machte oder ihm Lohn und Arbeitsbedingungen verschlechterte, in erster Linie durch die kapitalistische Wirtschaftsweise hervorgerufen ist. Selbst diese Erkenntnis, die jeder Arbeiter durch eigene Erfahrung und selbständiges Denken erlangt hat, geht dem Nationalsozialismus ab. Die NSDAP. sucht als eine kapitalistische Partei natürlich die Ursache der gegenwärtigen Not nicht in der kapitalistischen Wirtschafts-anarchie. Feder sagt vielmehr an der angegebenen Stelle seiner Programm-Erläuterungen, daß der heutige Staat „durch seine irrsinnige Innen- und Außenpolitik Millionen um Arbeit und Brot und die ganze Wirtschaft an den Rand des Abgrundes gebracht hat“.

Also: Wir haben heute eine Millionenzahl von Arbeitslosen, weil die demokratische Republik eine „irrsinnige Innen- und Außenpolitik“ getrieben hat! Nun denke man einmal logisch weiter: Weil heute fast alle Länder Millionen von Arbeitslosen aufweisen, müßten also alle diese Staaten eine „irrsinnige Innen- und Außenpolitik“ getrieben haben; auch das Rußland der Nazis,

das faschistische Italien mit seinen 2½ Millionen Arbeitslosen.

Und nur ein einziges Land, das sehr wenige Arbeitslose hat, müßte eine vernünftige Innen- und Außenpolitik getrieben haben, nämlich Frankreich. Sind die Nationalsozialisten wirklich der Ansicht, daß Frankreich eine vernünftige Außenpolitik gegenüber Deutschland getrieben hat?

Dieses Beispiel zeigt deutlich, wie kindisch das nationalsozialistische Denken über wirtschaftliche Vorgänge ist. Ebenso kindisch ist demnach auch die Forderung Feders: „Ein Staat, der nicht fähig ist, Millionen arbeitsfähiger Menschen in den Wirtschaftsprozess wieder einzugliedern, verdient nur, daß er weggelegt wird, und wenn er finanziell an der Frage der Gewerkschaftenunterstützung scheitert, so haben wir dafür nur ein Achselzucken“. Was kümmert es die Nazis, ob der Arbeitslosenversicherung in der Krisenzeit die Mittel zur Verfügung gestellt werden, die zur Unterstützung der Arbeitslosen ausreichen, sie sind doch grundsätzlich Gegner der Arbeitslosenversicherung!

Es ist eine seltsame Heuchelei, wenn die Hitlerleute erklären, sie würden an den Sägen der Arbeitslosenversicherung nicht rütteln lassen. Warum haben sie im Reichstag die Arbeitslosenversicherung abgelehnt? Warum verweigern sie durch Ablehnung der Haushaltspläne und entl. notwendiger Steuern den Gemeinden die Mittel, die zur Unterstützung der Ausgesetzten erforderlich sind? Warum? Sie haben „dafür nur ein Achselzucken“!

Wir haben ja ein Vorbild, das wir ohne weiteres annehmen können, den Faschismus! Sagte Hitler zu Strasser. Italien hatte seit 1919 eine Arbeitslosenversicherung. Mussolini, der Ende 1922 zur Regierung kam, beschränkte sich darauf, sie bedeutend zu verschlechtern. Die Mitglieder der faschistischen Syndikats bekommen rund 3,50 Mark Arbeitslosenunterstützung in der Woche; die Nichtfaschisten bekommen überhaupt keine!

Ein Arbeitsloser, der den Nationalsozialisten glaubt, daß sie die Beschützer der Arbeitslosen“ seien, muß schon grenzenlos dumm sein!

In Preußen Dienstentlassen — aber von Franzen zum Regierungsrat befördert.

Wir berichteten über das Urteil des preussischen Disziplinarrichters, der als höchste Disziplinanzinstanz den Mittelschulinspektor Klages aus Benedenstein zu Dienstentlassung wegen staatsfeindlicher Betätigung verurteilt, ihn aber noch eine Unterstufung in Höhe eines halben Jahresgehalts bewilligt hat.

Dazu wird uns aus Braunschweig mitgeteilt, daß dieser Klages schon seit 4 Monaten Regierungsrat in Braunschweig ist! Er wurde von Franzen sofort fest angestellt und zwar als Dezernent im Ministerium für Volksbildung! Das kleine Braunschweig wird also in Zukunft die Pension dieser „Parteiuchbeamten“ zu zahlen haben;

Helden vom Hakenkreuz.

Heimtückische Ueberfälle auf Buchdruckerlehrlinge.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Die Berliner Lehrlingsabteilung im Verbands der Deutschen Buchdrucker veranstaltete am Sonnabend und Sonntag eine Wanderschaft nach Halle und dem Saaletal.

Etwa 800 freigewerkschaftliche Lehrlinge fanden sich im roten Halle zusammen. Diese stattliche Zahl in ihrer blauen Kluft und unter roten Bannern muß den dortigen Nazis sehr in die Augen gestochen haben. Eine wichtige Feier am Sonnabend im Volkshaus leitete unsere Fahrt ein. Nach Schluß der Feier betätigten sich die Nazis in ihrer bekannten provozierenden Art. Ein Ruderboot, welches mit etwa 25 Kollegen besetzt war, wurde von einer Brücke herunter mit Flaschen und Blechbüchsen beworfen. Ein Jungkollege wurde so schwer am Kopfe verletzt, daß sofortige ärztliche Behandlung notwendig war. Ein zweiter wurde gleichfalls nicht unerheblich verletzt. Leider entkamen die Strolche in der Dunkelheit, sonst hätten sie an Ort und Stelle ihre Strafe bekommen. Kaum waren die beiden Verletzten fortgeschafft, da fielen 40 dieser Helden über einen einzelnen Kollegen her und verletzten ihn schwer am Auge. Das vierte Opfer war ein Gruppenführer, der gleichfalls ärztliche Behandlung in Anspruch nehmen mußte.

Der liberale Unterhausabgeordnete John Simon, der bereits am Sonnabend erklärt hat, daß er sich künftig bei Abstimmungen im Unterhaus der Fraktionsdisziplin nicht mehr fügen werde, ist jetzt mit dem Abgeordneten Brown aus der liberalen Parlamentsfraktion ausgeschieden. Simon und Brown wollen zunächst als unabhängige Liberale bei allen Abstimmungen gegen die Regierung stimmen. Fünf andere liberale Abgeordnete beabsichtigen, sich der Rebellion des Abgeordneten Simon in den nächsten Tagen anzuschließen.

(Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.)

Verantwortlich für Inhalt: Walter Schill; Schriftf. G. Klingelböfer; Druck: Herbig & Co., Berlin; Vertrieb: Herbig & Co., Berlin; Druck: Herbig & Co., Berlin; Vertrieb: Herbig & Co., Berlin.

ABERJETZ

Verkauf sowohl Vorrat!

Mengenabgabe vorbehalten!

Sportkleider 2.75
aus waschbarer Quol., Rock mit Falten, auch in gross. Weiten, St.

Anzüge 2.75 für Knaben
mit farbigen Wäschepolier, mit weissem Büchsenknopf, für ca. 2 Jahre, Stück.
Jede weitere Größe 0.25 mehr

Handschuhe 1.45
f. Damen, Kunst-, Milaneser, mod. Schlupfform, m. Manschett., Paar

Badekoffer 2.85
aus farbigen Autolack, ausziehbar, moderne elegante Form, ca. 39 cm gross, m. Ledergriff u. 2 Verschlüssen, St.

Mäntel 9.75 für Damen,
aus guter Qualität, ganz gefüllt, modern geschlitten, Stück

Sportanzüge 21.50
für Herren, 2teilig, schöne leise Strapazierware, halb gefüllt u. gul verarb., Stück

Socken 0.77 für Herren,
haltbare Qualität, moderne Farben, Paar

Echte Vulkanfiber-Koffer mit lederbezogenem Patentgriff und 2 Schnappschlössern, glatt mahagonifarbig
Länge 40 cm 45 cm 50 cm 55 cm 60 cm
Stück 4.50 5.25 5.75 6.50 7.50

Röcke 4.75
moderne Formen, Stück

Aerzte-Mäntel 4.75
weiss Körper, Stück

Strümpfe 1.25
für Damen, künstliche Wäsche, in modernen Farben, Paar

Aparte Besuchs- und Sporttaschen 2.85
aus edlem Vollerleder in vielen Ausführungen und Farben, Stück

Blusen 3.90 aus gul. Tricot Charmeuse, mit reicher Säumchenarbeit und Krawatte, ohne Aermel, Stück

Damen-Kittel 3.90
Wickelform, bunl, Salin, Stück

Schlüpfer 1.45
für Damen, Kunstseide, gute, feinmischige Qualität, Stück

Badetrikots 0.95
Gr. 42-48, moderne Muster, in guten Qualitäten, Stück

Blusen 5.90 aus gutem Chinelle, mit 1/4 Aermeln, modernem Schalkragen und Schleife, Stück

Damen-Spangenschuhe 8.75
leimbarbig, echt Chev.-Led., Trolley- oder Louis-XV.-Absatz, „Herfin-Rekord“, Paar

Unterbeinkleider 1.95
für Herren, lang, echt ägyptisch Mako, Stück

Strand-Anzüge 4.90
feste zweiteilige Form, Stück

HERMANN TIEZ

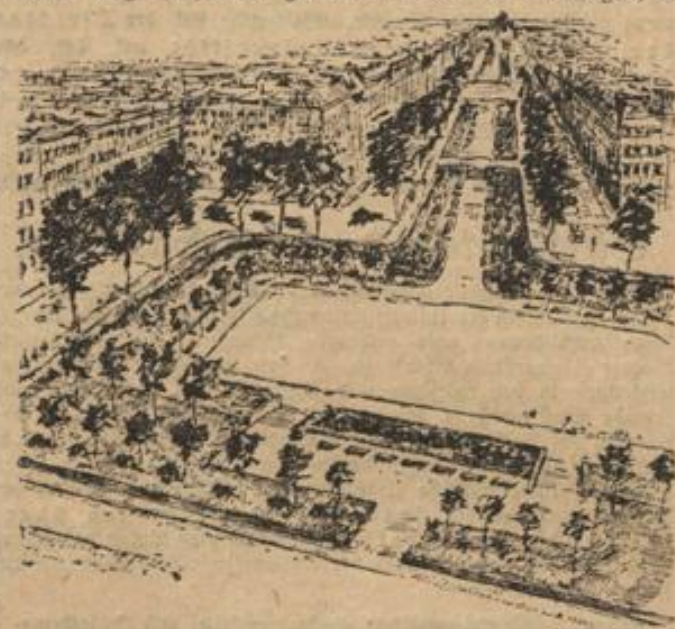
Berlins grüner Kanal

Mehr als ein halbes Jahrzehnt ist vergangen, seit man begonnen hatte, den Luisenstädtischen Kanal, diese alte Queroberbindung von Spree und Landwehrkanal im Südosten der Stadt, trockenenzulegen. Beim Bau der Untergrundbahn Gesundbrunnen-Neukölln wurden die ausgeschachteten Sandmassen hier versenkt und das Wasser zur Spree abgedrängt. Jahrelang sah man statt der spiegelnden Wasserfläche nur eine Sandwüste, die nicht gerade zur Verschönerung des Stadtbildes beitrug. Nach mehreren Unterbrechungen ist in diesem Jahre endlich die vorgesehene Anlage von Grünflächen und Spielplätzen auf sozialdemokratisches Drängen im Kanalbett durchgeführt worden. Mit Vergnügen blickt man von der Hochbahn wieder auf das neugestaltete Torbecken.

Der ehemalige Kanal hat kaum 80 Jahre existiert. Seine Gründung geht in die Zeit von 1848 zurück, wo er in Verbindung mit dem Landwehrkanal und Urbanhafen gebaut wurde, um der auch schon damals herrschenden Arbeitslosigkeit zu steuern. Städtebaulich brachte der neue Wasserweg einen starken Akzent in das unruhige Straßengewirr dieses neu entstehenden Stadtteils. Wirkungsvoll in ihrer strengen Symmetrie ist diese Achse vom Michaelkirchplatz bis zum Urban, in der Mitte betont durch den Oranienplatz und an den Enden durch das Tor- und Engelbecken. Malerisch wendet sich daran anschließend der Verbindungsarm zur Spree wiederum verstärkt durch den langgestreckten Mariannenplatz. Die baumbestandenen Uferstraßen mit dem Kanalbett in der Mitte bildeten früher eine mächtige Avenue, die architektonisch die größten Möglichkeiten bot. Durch die überstürzte Entwicklung der Stadt sind diese Möglichkeiten leider verpaßt worden. In der Eintönigkeit flankieren die unruhigen Fassaden der Mietkasernen aus der Gründerzeit der 70er Jahre die großzügige Anlage. Die Michaelkirche ist zu unbedeutend, um der großen Linie einen entsprechenden Abschluß zu geben, und der Mariannenplatz ist durch schlecht verteilte gärtnerische Anlagen verzerrt und seine Einheitlichkeit durch die zusammengewürfelten Bauten der Diakonissenanstalten gestört.

Wirtschaftlich hatte der Kanal in der Gründerzeit große Bedeutung, da er der beste Transportweg war für alles Baumaterial. Aber die veränderten Verkehrsverhältnisse, der Rück-

gang der Binnenschifffahrt, die Verlegung der Industrie in die Vororte ließen den Kanal bald veröden und als Wasserstraße zu völliger Bedeutungslosigkeit herabsinken. Das stagnierende Wasser zeigte außerdem gesundheitsschädliche Wirkungen; als



Das ehemalige Wassertorbecken

dann der Untergrundbahnbau eine billige Absatzstätte für den ausgeschachteten Boden forderte, bot sich eine gute Gelegenheit, den Kanal zu beseitigen. Ein Stück altes Berlin wurde wohl damit geopfert; aber die neuen Anlagen mit ihrem Grün, ihren Ruhebänken und Spielplätzen werden die Bevölkerung bald mit dem Verlust der alten Wasserstraße versöhnen und den proletarischen Anwohnern Gelegenheit zur Erholung und Ausspannung bieten.

sondern daß auf ihn auch der Wechseldiskont bestimmend einwirken werde. Objektiv müsse er anerkennen, daß mancherlei Zweifel an der Schuld des Angeklagten vorgebracht werden könnten. Als Ergebnis der Hauptverhandlung müsse man aber zu der Überzeugung kommen, daß der Angeklagte Hiller im Sinne des Eröffnungsbeschlusses des Reineides und der Bestechung schuldig sei. Die Wechseldiskontierungen hätten im November 1924 begonnen. Über schon im Sommer 1924 habe Hiller gehört, daß die Prinzen Düppel verkaufen wollten, und er habe Vorführer ausgestreckt, wofür er die Kleinigkeit von 100 000 Mark als Provision ausgegeben habe. Hiller gebe zu, über den Ankauf und die Verzinsungspläne — damals noch nicht über den Verkauf an die Stadt — mit Busch gesprochen zu haben. Es stehe fest, daß Hiller zur Durchführung der Verzinsungspläne die Genehmigung der Stadt nötig hatte.

Den 100 000-Mark-Wechseldiskont habe er eben nicht dem Kaufmann Busch, sondern dem Stadtrat Busch gegeben.

Am 1. Juli 1925 sei Hiller das Darlehen von 3½ Millionen Mark, aus dem er den Kredit für die Prinzen deckte, von der Stadt gegeben worden. Von diesem Tage ab setzten auch erst die Wechseldiskontierungen in größerem Umfang ein. Daß es kein Zufall gewesen sei, ergebe sich auch aus der Art der Verbuchung dieses Wechselgeschäftes. Auf beiden Seiten habe offenkundig das Bestreben vorgeherrsch, dieses Geschäft durch falsche Buchungen zu verschleiern. Sowie Zufälle, wie der Angeklagte bei seinen Geschäften angegeben habe, gebe es überhaupt gar nicht. Die Hauptverhandlung habe ergeben, daß der Angeklagte Hiller dem Stadtrat Busch im beiderseitigen Einverständnis 100 000 Mark in der Absicht gegeben habe, daß sich Busch als Stadtrat für den Ankauf des Grundstücks Düppel und für den Angeklagten einsetzen sollte. Beim Strafmaß müsse berücksichtigt werden, daß das ganze Geschäft einen Korruptionsfall darstelle und daß mit Rücksicht auf die Reinheit des politischen und wirtschaftlichen Lebens eine strenge Strafe am Plage sei.

In der Verhandlung war die Zeugenvernehmung des Kaufmanns Erras von besonderem Interesse.

Der Zeuge hatte 1914 mit Hiller ein Baumwollgeschäft gemacht. Auf weitere Geschäfte kann er sich nicht bestimmen, sondern nur noch auf ein Geschäft gelegentlich des Verkaufs von Düppel. Eines Tages sei Günther an ihn herangetreten mit der Frage, ob er sich nicht für den Verkauf von Düppel interessieren wolle, er sei doch mit Stadtbaurat Hahn, der ein Schulfreund des Zeugen ist, gut bekannt. Es sei wichtig, den Stadtbaurat über die Vorteile des Kaufes für die Stadt Berlin aufzuklären. Günther sagte gleichzeitig dem Zeugen, daß er etwas verdienen solle. Der Zeuge wandte sich nun an Hiller, um sich über das Geschäft Düppel informieren zu lassen. Hiller wollte ihm 25 000 M. Provision zahlen. Das erschien dem Zeugen zwar sehr niedrig angesichts des Millionenobjektes, er war aber schließlich mit dieser Provision einverstanden, zumal Hiller sagte, wenn das Geschäft gut gehe, werde er mehr zahlen. Der Zeuge ging nun zu seinem Freunde Hahn und schilderte nach den gegebenen Informationen die Vorteile des Geschäftes für die Stadt. Stadtbaurat Hahn erwiderte dem Zeugen: „Ich kenne ja die Einzelheiten, nun wir werden ja sehen.“ Der Zeuge hat die 25 000 M. Provision erhalten.

Korruption im Dezernat Busch.

1½ Jahre Gefängnis gegen Hiller beantragt.

In dem Prozeß gegen den Berliner Grundstücksmakler Hiller beantragte der Vertreter der Anlagebehörde, Staatsanwaltschaftsrat Grünberg, wegen allseits Bekleidung und Meineids ein Jahr sechs Monate Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust, ferner dauernde Unfähigkeit, als Zeuge oder Sachverständiger eidlich vernommen zu werden, schließlich die von Hiller an Stadtrat Busch gezahlte Bestechungssumme von 100 000 M. als für den Staat verfallen zu erklären. Nach den Staatsanträgen des Staatsanwalts sprachen die Rechtsanwälte Dr. Julius Meyer I und Dr. Richard Meyer, die die Freisprechung des Angeklagten verlangten. Heute, Dienstag, um 10 Uhr, erhält der Angeklagte Hiller das letzte Wort und daran wird sich dann die Beratung des Gerichts anschließen.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Grünberg führte in seinem Plädoyer aus: Die Vorgänge, die hier eingehend erörtert worden seien, bildeten einen kleinen Ausschnitt aus dem Kapitel der

Grundstücksgeschäfte der Stadt Berlin, die die Öffentlichkeit in der letzten Zeit stark erregt hätten. Der Name des Stadtrates Busch habe in der Verhandlung einen breiten Raum eingenommen und es sei klar, daß

Busch, wenn er noch am Leben wäre, sich an dieser Stelle wegen schwerer passiver Bestechung zu verantworten haben würde.

Der Untersuchungsausschuß des Landtages habe ausgesprochen, daß unter dem Dezernat des Stadtrates Busch eine ausgesprochene Korruption geherrscht habe und daß Busch sich bei dem Ankauf von Grundstücken für die Stadt von persönlichen Vorteilen habe leiten lassen. Was die Bestechung anbelange, so genüge es bei dem Fall Düppel, Dreilinden hinsichtlich des Angeklagten Hiller, wenn er bei der Diskontierung von Wechseln von 100 000 Mark davon ausgegangen sei, daß sich Busch bei den Kaufverhandlungen nicht bloß von seinem pflichtmäßigen Ermessen leiten lassen werde,

Schuttlawine vernichtet Dorf.

Wolkenbruchkatastrophe bei Zell am See.

Salzburg, 29. Juni.

Zwischen 17 und 18 Uhr nachmittags wurde heute das Gebiet von Kaprun bei Zell am See von einer furchtbaren Wolkenbruchkatastrophe heimgesucht. Vom Embachhorn ging eine Schuttlawine nieder, die den Ort Karaburg vernichtete. Sofortige militärische Hilfe wurde angefordert. Die Not ist unbeschreiblich groß. Nähere Einzelheiten der Katastrophe fehlen noch.



Ely hatte die mexikanische Rote eigenhändig mit Aquaralfarbe grün gefärbt, und so war ihr das Lob des frühen Besuchers besonders angenehm.

Ohne der Hausfrau Zeit zu lassen, zur Befinnung zu kommen, erzählte ihr der große Kombinator alles, was er von diesen Tellen wußte. Später sprach man von Seide, und Ostap versprach der verführerischen Ely, ihr einige hundert Seidentofens zu schenken, die man ihm aus Turkestan gesandt habe.

„Junge, was wollen Sie eigentlich hier?“ fragte Ely, nachdem die ersten Formalitäten des Bekanntwerdens erledigt waren.

„Der Besuch eines jungen Mannes, so früh am Morgen, setzt Sie wohl zweifellos in Erstaunen.“

„Ho—ho.“
„Ich komme aber in einer delikaten Angelegenheit.“
„Sie scherzen!“

„Sie waren gestern bei einer Auktion und haben einen ungewöhnlichen Eindruck auf mich gemacht.“

„Sie sind frech!“

„Verzeihung. Es wäre geradezu barbarisch, einer so reizenden Frau gegenüber frech zu sein.“

„Düster!“

Das Gespräch setzte sich weiter in ähnlichem Tone fort, ein Ton, der zuweilen wundervolle Ergebnisse zeitigte. Ostaps Komplimente wurden aber nach einiger Zeit immer kürzer und leichter. Er hatte nämlich bemerkt, daß sich der zweite Stuhl nicht im Zimmer befand. Er mußte seiner Spur nachgehen. Und während er sie mit seinen seltsamen orientalischen Schmeicheleien blendete, fragte er unauffällig und verblümt nach allem, was ihn interessierte. So erfuhr er auch im Laufe des Gesprächs von den gestrigen Ereignissen.

— Eine neue Komplikation — dachte er. — Die Stühle laufen wie Schaben auseinander. —

„Liebes Mädchen“, sagte Ostap unerwartet, „verkaufen Sie mir diesen Stuhl. Er gefällt mir sehr gut. Nur sie allein mit ihrem weiblichen Kunstgefühl für schöne Dinge konnten einen so geschmackvollen Gegenstand auswählen. Wädel, verkaufen Sie mir ihn, ich gebe Ihnen sieben Rubel dafür.“

„Junge, Sie werden frech“, sagte Ely schelmisch.

„Ho—ho“, erklärte Ostap.

— Mit ihr ließe sich vielleicht am ehesten ein Tauschgeschäft machen — überlegte er.

„Wissen Sie, in den besten Häusern Philadelphias, in Europa hat man den altmodischen Brauch erneuert, Tee durch einen Seher zu gießen. Es ist äußerst effektiv und sehr elegant.“

Ely wurde aufmerksam.

„Nun ist ein bekannter Diplomat aus Wien zu mir gekommen und hat mir ein solches Teesiebchen als Geschenk mitgebracht. Ein schönes Ding!“

„Das muß wundervoll sein.“ Elys Interesse wurde wach.

„Oho! Ho—ho! Wollen Sie tauschen? Sie geben mir den Stuhl und ich gebe Ihnen das Siebchen. Wollen Sie?“

Und Ostap zog aus der Tasche ein kleines vergoldetes Sieb.

Die Sonnenstrahlen spielten auf den Wölbungen des kleinen Dings. Die Dielen erglänzten im Sonnenlicht. Eine dunkle Ecke des Zimmers wurde hell. Auf Ely übte der Anblick dieses fremdartigen Gegenstandes denselben Effekt wie auf die Menschenfresser Rumba-Jumbo der Anblick einer alten Konservenbüchse. Die Neger brüllten in diesen Fällen aus voller Kehle, Ely aber stöhnte nur leise: „Ho—ho.“

Ohne ihr Zeit zu lassen, zu sich zu kommen, legte Ostap das Siebchen auf den Tisch, nahm den Stuhl, brachte von der reizenden Frau noch die Adresse ihres Mannes in Erfahrung und empfahl sich galant.

A wessalom Wladimirowitsch Ignurenkow.

Eine schlechte Zeit war für die Konzeptionäre gekommen. Ostap behauptete, daß man die Stühle schmieden müsse, solange sie heiß sind. Worobjew war amnestiert worden. Dessen ungeachtet mußte er von Ostap bittige Fragen über sich ergehen lassen: „Barum, zum Teufel noch einmal, habe ich mich Ihnen verbündet? Wozu brauche ich Sie eigentlich? Sie sollten nach Hause fahren, in Ihr Amt. Dort können Sie meinetwegen auf die Toten und Reugeborenen warten. Quälen Sie doch die Kleinen nicht! Fahren Sie endlich!“

Und doch war der große Kombinator seelisch im Grunde irgendwie an den verwilderten Vorfindenden gebunden. Ohne

ihn wäre es nicht so komisch zu leben — dachte Ostap. Und er sah Worobjew, auf dessen Kopf bereits silbernes Gras wuchs, belustigt an. Sobald sich der stille Iwanopulo entfernte, malte Bender seinem Kompagnon aus, welches die kürzesten Wege zur Erlangung des Schatzes sein könnten.

„Nimmer tapfer handeln. Nicht viel fragen. Mehr Ignismus. Das gefällt den Menschen. Nichts durch dritte Personen unternehmen lassen. Es gibt keine dummen Menschen mehr. Niemand wird für Sie Brillanten aus fremden Taschen holen. Aber auch ohne Kriminalität. Wir müssen den Koder ehren.“

Und dabei ging die Sache doch nicht besonders glanzvoll vor sich. Der Kriminaltodeg und eine hübsche Portion von Vorurteilen, die den Bewohnern der Hauptstadt noch immer eingewurzelt waren, standen ihnen im Weg. Die Leute litten zum Beispiel keine nächtlichen Besuche durch das Fenster. Man konnte nur auf legalem Wege arbeiten.

An demselben Tage, da Ostap bei Ely Schutina zu Besuch war, wurde der Stuhl in das Zimmer des Studenten Iwanopulo geschafft. Der Stuhl, der gegen ein Siebchen eingetauscht worden war, die dritte Trophäe der Expedition. Ziemlich viel Zeit war immerhin schon vergangen, seit die beiden Kompagnons die Jagd nach den Stühlen begonnen hatten, die von so mächtigen Emotionen begleitet war. Auch dieser Stuhl wurde mit den Nägeln zerissen, die Sprungfedern vor Hier beinahe zerbrachen. — Auch diesmal erfolglos, es war nichts zu finden.

„Wenn in dem Stuhl auch nichts ist“, sagte Ostap, „Sie müssen doch rechnen, daß wir mindestens schon zehntausend Rubel verdient haben. Jeder demolierte Stuhl vergrößert unsere Chancen. Und was liegt schließlich daran, daß sich das Siebchen nicht in dem Stuhl befand? Deswegen müssen wir ihn auch nicht total in Stücke brechen. Iwanopulo kann immerhin noch damit sein Zimmer möblieren. Und auch für uns ist es so komfortabel.“

Am selben Tage noch traten die beiden Konzeptionäre aus dem rosa Häuschen heraus und entfernten sich, jeder in einer anderen Richtung. Worobjew hatte den modernsten Unbekannten in der Sadowa-Spassstraße zu bearbeiten. Er bekam fünfundsiebzig Rubel für eventuelle Ausgaben zugewiesen, gleichzeitig wurde ihm angelegentlich empfohlen, in kein Bierlokal zu gehen und keinesfalls ohne Stuhl wiederzukommen. Der große Kombinator selbst wollte sich mit Elys Mann beschäftigen.

(Fortsetzung folgt.)

Dänische Ozeanflieger in Berlin

Die dänischen Ozeanflieger Höjris und Hillig sind von Kopenhagen kommend, gestern nachmittag um 3 1/2 Uhr im Tempelhofer Flughafen, der reichen Flaggenschmuck angelegt hatte, mit ihrem einmotorigen Flugzeug „Bellanca“ gelandet. Nach wenigen Tagen beabsichtigen beide Flieger mit einem Dampfer nach Amerika zurückzukehren.

Pilot Höjris und sein Passagier, der Deutschamerikaner Hillig, wurden von dem dänischen Gesandten Zahle und dem Flughafen-Direktor Oberbaurat Sauerheimer herzlich willkommen geheißen.

„Also, was wollt ihr denn wissen, Jungens?“ fragt nachher der lange, schlante Hillig burschlos die Pressevertreter. Eine Flut von Fragen prasselt auf ihn hernieder. Alle wenden sich natürlich an Hillig, weil er deutsch spricht. „Wie alt ich bin? 1875 in Steinbrüden bei Wera geboren. Als Sechszehnjähriger kam ich nach Amerika. Welchen Beruf ich habe? Ich bin Photograph. Ich bin doch der Mann, der den Norddeutschen Lloyd verlagte hat. Also die ganze Geschichte war so: Als das Luftschiff „Graf Zeppelin“ seine Weltfahrt machen wollte, löste ich eine Fahrkarte für 9000 Dollar. Mit einem Male heißt's, ich könnte nicht mitfliegen, müßte zurückstehen. Na, da gab's dann ein großes Hin und Her, ich ließ mir das nicht gefallen und verklagte nachher den Norddeutschen Lloyd. Ich bekam mein Geld natürlich wieder, aber die ganze Geschichte ließ mir keine Ruhe. Kannst du nicht um die Welt, willst du wenigstens über den Ozean fliegen, sagte ich mir. Im September vorigen Jahre lernte ich Höjris kennen, er gestel mir, und so machten wir dann die Sache. Die Maschine kostete 22 000 Dollar, weil sie ja extra für den Ozeanflug konstruiert werden mußte. Na, und so fuhrn wir denn los.“ Hillig ergreift einen Spazierstock und zeigt auf der Landkarte die Flugroute. „Ich kann Ihnen das bloß so ungefähr sagen, denn ich weiß natürlich nicht genau, wo wir überall herumgefliegen sind. Ueberm Ozean hatten wir zum größten Teil schlechtes Wetter, aber schließlich sahen wir doch Land. Es war Spanien, wie wir später erfuhren. Wirklich, ein schönes Land. Na, wir fuhrn dann weiter und weiter, endlich konnten wir nun oben ein großes Schild lesen. „Hotel Bellevue“ stand drauf. Das ist natürlich ein weitverbreiteter Name, der steht ebenfals in Spanien wie in Frankreich, Deutschland oder Belgien. Das muß ihr übrigens in Europa machen: jede Stadt oder jedes größere Dorf muß auf den Dächern oder sonstwo seinen Namen tragen. Wenn man mal von drüben hierherkommt, muß man doch wissen, wo man ist.“

„Ob ich einen Talisman mitgenommen habe?“ Er fahrt in die Tasche und holt eine Handvoll Münzen hervor. „Eine ganze Menge habe ich. Sehen Sie: das ist ein kleines Hufeisen, das ist ein Kleeblatt, das sind Gesslücke.“ Er klappert unternehmungslustig mit den Münzen. „Wie meinen Sie? Ob ich Millionär bin? Natürlich bin ich Millionär. Aber schreiben Sie das bloß nicht, die Leute glauben's sonst.“

Und während Hillig erzählt, sitzt der Pilot Höjris ganz still am Tisch und rührt in seiner Kaffeetasse herum. Er ist wohl ein bisschen gelangweilt. Er ist der Flegler. Er fliegt durch den dicksten Dreck und beißt die Zähne zusammen. Alles andere kümmert ihn nicht. Alles andere überläßt er Hillig, dem geborenen Deutschen und hundertprozentigen Amerikaner, der morgen nach Thüringen fährt.

Man muß doch Rache nehmen!

Kommunisten knallen ihre Gegner einfach nieder.

Die Kommunisten machen sich gar keine Vorstellung davon, welche Verwirrung ihre Kampfmethoden in den Köpfen ihrer Mitglieder verursachen. Wie herrlich weit sie es mit diesen nationalsozialistischen Kampfmethoden gebracht haben, zeigt wieder einmal eine Verhandlung vor dem Landgericht III. Der 28jährige Achtenberg, der Währige Hoffmann und der gleichaltrige Steinhauer verantworteten sich gestern wegen versuchten Totschlages und wegen schweren Landfriedensbruchs, drei weitere Angeklagte, Schmidt, Weigel und der 17jährige B., wegen schweren Landfriedensbruchs.

Am Abend des 13. März dieses Jahres fand im Restaurant Viktoria-Garten in Berlin-Wilmersdorf, Wilhelmstraße, eine öffentliche Versammlung der RSDAP statt. Auf der Mittelpromenade standen in verschiedenen Gruppen etwa 30 junge Leute beisammen, anscheinend Kommunisten. Als kurz nach 20 Uhr 8 Nationalsozialisten an einer dieser Gruppen vorbeikamen, fielen plötzlich Schüsse, durch die drei von den acht getroffen wurden. Der eine erhielt einen Schädelhieb, die beiden anderen, darunter eine Frau, Schüsse in die Beine. Polizeistreifen nahmen sofort die Verfolgung der Schützen auf. Als erster wurde Achtenberg festgenommen. Man fand bei ihm eine Pistole mit 5 Patronen, bei Hoffmann ein Magazin mit 8 Patronen und am Tatort eine Armeepistole mit 8 Patronen, eine Titan-Pistole mit gefülltem Magazin, 4 lose Patronen und auch ein Exemplar der Zeitung „Die junge Garde“. Fast gleichzeitig mit den Vorgängen in Wilhelmstraße kam es auch in der Reichen-

Universität geschlossen.

Siehkongvente verboten. — Rektor war nicht energisch genug.

Auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März sind für die nächsten Tage bis einschließlich Sonnabend, den 4. Juli, alle Siehkongvente an der Friedrich-Wilhelm-Universität verboten, da nach den Umständen, insbesondere nach den Ausschreitungen vom 27. und 29. Juni zu beforgen ist, daß durch diese Versammlungen die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet werden könnten. Gleichzeitig teilt der Direktor der Friedrich-Wilhelm-Universität mit, daß das Universitäts-Hauptgebäude, das Aufgebäude und das Gebäude Dorostienstraße 6 am Dienstag, dem 30. Juni, geschlossen bleibe. Im Laufe des Tages findet eine außerordentliche Sitzung des akademischen Senates statt, der zu den Vorfällen in der Universität am 27. und 29. Juni Stellung nehmen wird.

Strolche, keine deutschen Studenten.

Die nationalsozialistischen Studenten Berlins haben also die vorzeitige Schließung der Universität durchgesetzt, indem sie ihre Wiener Kuppelkommissionen aufs getreueste kopierten. Die Einführung Wiener Universitäts„sitten“ (d. h. fast alltäglich „akademische“ Schlächten in den Hörsälen und Ueberfälle auf sozialistische und jüdische Studenten) ist, wie er stolz bekannt hat, das Ideal des Führers des Nationalsozialistischen Studentenbundes. Am Montagvormittag hielten die Nazistudenten eine Protestkundgebung gegen angebliche kommunistische Uebergriffe ab. Schon vor Beginn der Versammlung wurden sozialistische Studenten überfallen und mißhandelt, teilweise auch zu Boden geschlagen. Nach der Rede eines Führers der Nationalsozialistischen Studentensektion kam es zu einer

großen Schlägerei zwischen Hakenkreuzern und sozialdemokratischen Studenten.

wobei die Nazis die Angreifer waren. In vier- bis fünffacher Uebermacht fielen sie über ihre Gegner her und schlugen mehrere von ihnen blutig.

Schließlich wußte sich der Rektor, Professor Dr. Deißmann,

burgischen Straße zu einer Schleicherei. Bei der Verfolgung durch die Polizei legte der Angeklagte Steinhauer seine Waffe auf einen Beamten an, hatte aber eine Ladehemmung.

In der gestrigen Verhandlung verweigerte der Angeklagte Achtenberg seine Aussage. In der Voruntersuchung hatte er aber eine ausführliche Darstellung der Ereignisse des 13. März gegeben. Er, Hoffmann und Weigel waren von einem vierlen Parteigenossen, der als „Mann mit dem steifen Hut“ figuriert, aufgefordert worden, sich unter Mitnahme von Schlehewaffen in Wilhelmstraße einzufinden. Auf der Wache hat Achtenberg auf die Frage, warum er geschossen habe, erwidert, „es ist doch allerhand, wenn unsere Arbeiter niedergeschossen werden; dann muß man doch Rache nehmen“. Er hat auch zugegeben, selbst geschossen zu haben und hat seinen Genossen Hoffmann derselben Tat beschuldigt.

Dem Gedächtnis Steins!

Ehrungen am Denkmal auf dem Dönhofsplatz.

Am Denkmal des Schöpfers der preussischen Städtefreiheit, Staatsminister Reichsfreiherr vom Stein auf dem Dönhofsplatz, wurden zum Gedenten der 100. Wiederkehr seines Todesjahres ehrende Kränze niedergelegt. Reichskanzler und Reichsregierung hatten ihren mit Schleifen in den Reichsfarben geschmückten Kranz die Inschrift „Dem Wegbereiter deutscher Einheit und Freiheit“ gegeben, die preussische Staatsregierung widmete ihren Kranz „Dem Führer zum Volksstaat“. Auch Magistrat und Stadtverordnete von Berlin ehrten den preussischen Staatmann durch einen Kranz, der mit einer Schleife in den rotweißen Farben der Stadt geschmückt war. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gedachte des großen preussischen Reorganisators mit der Inschrift: „Dem Vorkämpfer für Deutschlands Einheit und Freiheit.“

Ein zahlreiches Publikum umfäumte das Denkmal.

Zwei gefährliche Brände.

Große Aufregung im Berliner Westen.

Ein größerer Dachstuhlbrand, der in den gestrigen frühen Nachmittagsstunden im Seitenflügel des Wohn- und Geschäftshauses Budapest Str. 32 ausgebrochen war, rief durch den starken Qualm

der vorher vergeblich versucht hatte, die tobenden Nazis zur Vernunft zu bringen, nicht mehr zu helfen und rief die Polizei herbei. Die Nationalsozialisten weigerten sich jedoch zuerst, die Universität zu räumen und stimmten Sprechstunde an. Schließlich mußte eine größere Polizeiabteilung, teilweise unter Anwendung des Gummiknüppels, die Räumung des Gebäudes durchführen. Ehe die Nazis die Universität verließen, bewiesen sie noch einmal ihre Tatkraft, indem sie

die Anschlagtafeln der sozialdemokratischen Studentenschaft von den Wänden herunterrißen und zerbrachen.

Dasselbe geschah mit den Anschlagtafeln der kommunistischen Studenten.

Nun erschien der Rektor und erklärte, daß die Universität geschlossen sei. Unter lautem Dahlen und Schreien und dem Absingen ihrer Kampflieder zogen die Nazis auf die Straße, wo sie sogleich mit neuen Prägeln begannen. Unter den Linden bildeten sich große Ansammlungen, unter die sich viele herbeigerufene SA-Leute mischten, die mit der Universität nicht das mindeste zu tun hatten. Als Polizeipräsident Dr. Weiß an der Spitze der Tumulte erschien, wurde er von zahlreichen Nazis umringt, die ihn mit pöbelhaften antisemitischen Zurufen überschütteten. Die Polizei griff nunmehr energisch durch und räumte den Platz vor der Universität von den Tumultanten.

Die Tumulte der Nazis waren bereits am Sonnabend „angekündigt“ worden. Hätte Professor Dr. Deißmann den Nazis die „Protestversammlung“ im Vorhof der Universität, wie ihm Einsichtige dringend geraten haben, nicht gestattet, so wären Ständaligen von dem geschilderten Ausmaß sicher vermieden worden.

Geschändete Gedenkstätte.

Von den an der Rathaus-Nordstraße in der Königsallee in Berlin-Grünwald niedergelegten Kränzen republikanischer Verbände sind in der letzten Nacht sechs Schleifen abgeschnitten und entwendet worden. Da auch die ganze Umgebung mit Hakenkreuzen beschnitert war, kann über die Täter kein Zweifel bestehen.

in der ganzen Umgebung große Aufregung heroor. Erwallige Rauchmassen wurden auf die Straßen niedergedrückt, so daß die Feuerwehr von acht verschiedenen Stellen zu gleicher Zeit alarmiert wurde.

Vier Löschzüge griffen in die Bekämpfung des Feuers ein. Nur unter großen Schwierigkeiten konnten die Feuerwehrtruppen über die stark verqualmten Treppenhäuser nach oben vordringen. Der gesamte Fahrverkehr zwischen der Corneliusbrücke und Wichmannstraße mußte nahezu zwei Stunden lang ungleitet werden. Nach zweistündigem Wassergeben war das Feuer gelöscht. — Ein weiteres gefährliches Feuer kam gestern abend in einem Stallgebäude auf dem Hof des Grundstücks Müllerstr. 128a zum Ausbruch. Als die Feuerwehr unter Leitung des Branddirektors Tamm mit drei Zügen anrückte, hatten die Flammen bereits auf ein angrenzendes einstöckiges Wohngebäude übergegriffen. Die Bewohner mußten das Haus schleunigst räumen, doch gelang es den Wehrern, den größten Teil des Hauses zu retten. Das Feuer ist offenbar durch Unvorsichtigkeit entstanden.

Berlin-Stad durchberaten.

Im Ausschusserledigt / Donnerstags vor dem Stadtparlament

Der Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung hat die zweite Lesung des Haushaltsplanes für 1931 beendet. Beschlüsse über die Steuern wurden nicht gefaßt. Der Etat wird nunmehr dem Stadtparlament zur endgültigen Gestalt zugewiesen. Hier beginnen die Beratungen in der nächsten Sitzung am Donnerstag.

Angenommen wurde ein Beschluß, der Stadtverordnetenversammlung zu empfehlen, die Uebertragbarkeit von Mitteln innerhalb des Haushaltsplanes mit ganz geringen Abänderungen nach dem Entwurf des Magistratsbeschlusses zu genehmigen. Diese Uebertragbarkeit schafft die Möglichkeit, Mittel, die an einer Stelle der ordentlichen Verwaltung nicht gebraucht werden, an anderer Stelle zu verwenden. Zustimmung fand auch ein Antrag, der den Magistrat ersucht, in der Liste der Ehrensoldempfänger die Summe anzugeben, die an die einzelnen Personen monatlich gezahlt wird. Ebenso ein Antrag, der den Magistrat erneut ersucht, Ehrensold und ähnliche Unterstühtungen nur bei Nachweis der Bedürftigkeit zu gewähren. Unter dieser Voraussetzung soll die vorgelegte Liste genau nachgeprüft werden mit dem Ziel, eventuell Herabminderungen oder Streichungen dieser Zuwendungen.

aufhorchen!

-es lohnt!

Wir bringen aus unserem Riesenslager Teppiche zu diesen Extra-Preisen zum Verkauf!

Wollplüsch-Teppiche
reine Wolle ca. 200 in Handtrasse 230 erprobte Marke **19.75** ca. 150 260 **29.50**

Marken-Teppiche
ca. 170 **43.-** ca. 200 **69.-**
ca. 230 **78.-** ca. 250 **94.-**
ca. 300 **138.-** ca. 350 **179.-**
ca. 400 **278.-**

seit Jahrzehnten erprobt reine Wolle Persermuster

Smyrna-Teppiche
beste mechan. Qualitäten
ca. 300 **239.-** ca. 420

Tournay-Reste
ca. 90 **7.50** ca. 20 **7.50**
mit Franse für Vorlagen und Brücken geeigneter

Bettvorlagen
Wollplüsch, schwere Qualität persisch gemustert ca. 55 **3.10** ca. 90

Läuferstoff-Reste
In allen Breiten u. Längen **bedeutend unter Preis!**

Bouclé-Jacquard-Teppiche
moderne Muster ca. 200 **38.-** ca. 250 **38.-** zum Ausschuchen 300 u. 350

Kissen-Garnituren
zweiteilig indanhren Garnitur **-.95**

Nur soweit Vorrat!

Mengenabgabe vorbehalten!

Auf Wunsch Zahlungs-erleichterung

Teppich Bursch

Verkauf **nur** C.2. Spandauer Straße 32

Raus aus Berlin.

Berliner Ferienkinder fahren zur Erholung.

In diesen Tagen wimmelt es auf den Berliner Bahnhöfen zu den verschiedensten Tages- und Abendstunden von kleinen Ferienreisenden;züge mit 700, 800 und auch oftmals weit über 1000 Kindern einführen die erholungsbedürftigen Berliner Jungen und Mädchen nach allen Teilen des Reiches, ins Rheinland, nach Schlesien, nach Ostpreußen, an die Nord- und Ostsee, nach Sachsen, Thüringen, Baden und dem Harz; auch nach dem Ausland, Österreich, Polen und die Schweiz, gehen Transporte.

Die letzte halbe Stunde vor der Zugabfahrt bietet ein etwas beängstigendes Chaos glücklich erregter, im Sturmhauf umherstührender Kindergestalten, besorgter, Rot und Warnung erteilender Mütter; dazwischen als ruhende Pole in der vielfachen Erscheinungen flucht die Zugbegleiter, die, ordnend und Auskunft erteilend, die Wogen der Erregung glätten. Mit bewundernswürdiger Ruhe und Geduld werden sie schließlich auch Herr der allüberwiegend erscheinenden Situation; jetzt hängt alles aus den Fenstern und empfängt Mütterns letzte Anweisungen: „gleich zu schreiben“, „nicht zu viel und zu kalt baden“ und „haste denn die Stullen bei der Hand“. Auf alles gibst ein bejahendes, feise ungeduldriges Kopfnicken, interessant ist jetzt nur das eine: Raus in die Freiheit, in die gute Luft, zum Baden und Wandern und fröhlichem Spiel! Für die Abschiedstränen, die Mutter heimlich zedrückt, hat das frohe Kinderherz kaum Verständnis...

Und während ein Kindertransport nach dem anderen Berlin verläßt, wird im Landesjugendamt, der Zentralversickungsstelle, fieberhaft gearbeitet; nachdem schon Monate vorher die hierfür notwendigen Vorbereitungen getroffen wurden, heißt es jetzt die einzelnen Züge zusammenzustellen, nach Gegenden zu ordnen; dazwischen fallen dann noch ausführliche Besprechungen und Instruktionen mit den Zugbegleitern, die auf das genaueste informiert werden. Auf je 15 bis 18 Kinder kommt eine Begleitperson, die ihr verantwortungsvolles Amt gewissenhaft und mit liebevollem Verständnis für ihre Schützlinge zu übernehmen hat. Damit möglichst viele Kinder der für sie so sehr notwendigen Erholung teilhaftig werden, bekommen alle jene, die zu Bekanntheit oder Veranwandten reisen wollen und Erholungs- sowie Geldbedürftigkeit nachweisen können, überallhin, auch nach den weitesten Strecken, ganz bedeutende Fahrermäßigungen.

Werbefest auf dem Wedding.

Die 21. Abteilung der Berliner Sozialdemokratischen Partei veranstaltete in der Hochschulbrauerei, Amrumer Straße, ein Sommer- und Werbefest, das zu einem rechten Volksfest wurde. Rufft im Garten, in den Pausen Sportvorführungen des Vereins „Volksport Wedding“, der sehr beachtliche Leistungen zeigte, und musikalische Darbietungen des Spielmannszuges Wedding des Reichsbanners. Am Abend fand durch den Genossen Gursky eine Ehrung des Spielmannszuges des Reichsbanners durch Ueberreichung eines Tambourstabs statt, ein äußerer Ausdruck des Dankes für die vom Reichsbanner geleistete treue und aufopferungsvolle Arbeit. Den erfolgreichen Werbem für die Partei wurden Anerkennungsplättchen überreicht mit der Mahnung an alle, gerade jetzt in schwerer Zeit in der Werbung für die Partei nicht nachzulassen. Reichstagsabgeordneter Genosse Stellung sprach dann von den schweren politischen Kämpfen der letzten Tage. Nur durch die Anspannung aller Kräfte ist es der Partei möglich, die jetzige Krise zu überwinden. Die Partei führt heute einen schweren Kampf nach zwei Fronten, jeder einzelne Genosse muß dabei die Partei stützen, niemand darf feige das Hasenpanier ergreifen wie die Nazis im Reichstag. Das begeisterte Hoch auf die Sozialdemokratie und den Sozialismus zum Schluß der Rede zeigte, daß man auch auf dem Wedding entschlossen ist, den Kampf für die Partei bis zum Siege zu führen.

Der Schornsteinfeger ist da!

Der Bezirksverband der Schornsteinfegermeister für die Provinz Brandenburg, Berlin und die Grenzmark hielt in den Ausstellungshallen am Kaiserdamm seine 23. Verbandstagung ab. Der Vorsitzende, Ehrenobermeister Salomon, erstattete den Geschäftsbericht. Die Schornsteinfegerinnung Berlin zählt 385 Meister, 397 Gesellen und 64 Lehrlinge; die Innung Brandenburg 119 Meister, 151 Gesellen und 68 Lehrlinge; Frankfurt a. d. Oder 107 Meister, 121 Gesellen, 50 Lehrlinge; die Innung Grenzmark 32 Meister, 37 Gesellen und 17 Lehrlinge. Der Verband läßt es sich angelegen sein, den Nachwuch in Handwert zu tüchtigen Vertretern ihres Faches heranzubilden. Hilgenfeld, Berlin gab einen umfassenden Bericht über die Tätigkeit der technischen Arbeitsgemeinschaft, eine Einrichtung, die sich mit besonders schwierigen Fällen der Rauchbelästigung, Schornsteinversetzungen usw. befaßt. Die technische Arbeitsgemeinschaft kann auch von den Mietern und der Dossentlichkeit in hartnäckigen Fällen der Rauchplage in Anspruch genommen werden. Heizungstechniker Barlach betonte in seinem Vortrag die Notwendigkeit der Schornsteinrevisionen vor der Rohbauaufnahme durch den Bezirkschornsteinfegermeister. Durch unsachgemäß gebaute Schornsteine kann die Gesundheit der Hauseinwohner auf das empfindlichste geschädigt werden. In Anbetracht der schweren Folgen solcher Versäumnisse wird auch eine regelmäßig zu wiederholende Brandverhütungsschau gefordert, was Direktor Becken von der Feuerlöschbrigade Brandenburg in seinem Vortrag unterstrich.

Ein unentbehrlicher Ratgeber für Schüler und Studenten, die sich in den kommenden großen Ferien dem Wandern hingeben wollen, ist das Reichsherbergverzeichnis des Reichsverbandes für deutsche Jugendherbergen (Verlag Hiltensbach in Westfalen, Preis 1 M.), das jetzt im 19. Jahrgang erschienen ist und rund 2200 Jugendherbergen umfaßt. Jede einzelne ist genau charakterisiert. Reichtümer zeigen die Lage an. Mit vielen anderen Beiträgen und Bildern ist es ein ganz unentbehrlicher Berater und Reisebegleiter. In den kommenden Jahrgängen könnte vielleicht

Prügelknabe Wohlfahrtsamt

Die schwierige Arbeit der städtischen Angestellten.

Für alle Unbill und Härten des Schicksals, die Hunderttausenden unschuldig ins Elend Geratener den Lebensfaden abzuschneiden droht, werden immer wieder die Wohlfahrtsämter verantwortlich gemacht und unsere Sensationsjournalisten wissen wahre Schauer-märchen zu erzählen, wie dort Herzlosigkeit, starrender Bürokratismus und Schikane das Szepter führen.

Darüber hinaus wird tüchtig — auch dies natürlich vom Redaktionsstisch aus — über die skandalöse räumliche Beschaffenheit der verschiedenen Dienststellen, die angeblich „vor Schmutz starrten“, berichtet. Wie sieht es denn nun in den Wohlfahrtsämtern wirklich aus? Sofern sich das Amt in alten Mietskasernen oder auch ehemaligen Fabrikgebäuden befindet, kann neuzeitliche Hygiene in Form großer, heller, luftiger Räume natürlich nicht herorgezaubert werden; trotzdem wird alles Mögliche getan, all den verzweifelt, verbitterten Menschen den Aufenthalt erträglich zu machen. Rings an den Wänden sind Bänke aufgestellt, Exhauster und Ventilatoren sorgen für Lüfterneuerung und genügende Luftzuführung, zwischen-durch wird auch öfters in den Räumen gesprochen. Das große Gedränge an den Haupttagen, beispielsweise in den ersten Tagen des Monats, ist unvermeidlich; daß an diesen Tagen auch die Abfertigung entsprechend längere Zeit in Anspruch nimmt, kann man sich schließlich an den fünf Fingern abzählen. Trotzdem ist es naturgemäß aller Beamten Interesse, die Antragsteller so rasch wie möglich zu erledigen, schon aus dem ganz einfachen Grunde, weil ja wieder Platz für die Neubinzutommenden geschaffen werden muß. Und nun ein

Wort zur Publikumsabfertigung: Es ist klar und jedermann bekannt, daß jeder Unterstützungsantrag auf seine Glaubwürdigkeit und die Eri der Erledigung sorgfältig geprüft werden muß; bis zur Erledigung durch die hierfür eingesezte Kommission erhält der Antragsteller entweder eine Unterstützung in Bargeld, oder es erfolgt seine Ueberweisung an das Landeswohlfahrtsamt, oder das Kgl. Der Bemessung der augenblicklichen Unterstützung müssen selbstverständlich auch die für eine spätere laufende Unterstützung in Frage kommenden Richtsätze zugrunde gelegt werden und der traurige Umstand, daß diese immer wieder eine Bescheidung erfahren, kann letzten Endes nicht der ausführenden Behörde zur Last gelegt werden.

Die vielen Notleidenden allzu bürokratisch erscheinende Abwicklung ist nichts weiter als die Befolgung der der Wohlfahrtsstelle vorgeschriebenen Anweisungen. Es würde eine Vergeudung öffentlicher Mittel bedeuten, ließe man sich einzig vom guten Herzen leiten. Wo es irgend geht, wird ja sowieso ein Auge zugebückt, und es kommt nicht nur einmal vor, daß aus einem Paar bewilligter Schuhe drei und vier Paar werden, wenn der Unterstützte, sobald sich ihm endlich einmal Arbeit bietet, schon wieder keine Schuhe hat, oder den Pfandschein für die erhaltenen, aber verpänderten Kleider zum Auslösen vorlegt. Auch die Erledigung der Anträge durch die Wohlfahrtskommission ist nicht etwa ein verständnis- und gefühlloses Edikt vom grünen Tisch; das sind ja nicht Männer, die die Not nur vom Hörensagen kennen, sondern viele von ihnen haben das traurige Los, arbeitslos zu sein, selbst schon auf sich nehmen müssen.

ein summarisches Inhaltsverzeichnis nach dem Alphabet und kurze Hinweise bei jenen Herbergen eingefügt werden, die für Altwanderer besonders eingerichtet sind.

Urteil im Wilderer-Prozess.

Zuchthaus- und Gefängnisstrafen.

Prenzlau, 29. Juni.

In den frühen Morgenstunden des Sonntag verkündete das Schwurgericht nach sechsstündiger Verhandlung das Urteil in dem großen Wilddieberel-Prozess der Schorheide. Die Hauptangeklagten Schlaffe und Maas wurden zu je 1 Jahr 2 Wochen Gefängnis wegen gewerbmäßigen Jagdvergehens verurteilt. Der Oberstaatsanwalt hatte 1 1/2 Jahre Gefängnis beantragt. Die Gebrüder Schröder wurden wegen gewerbmäßiger Schierei gemäß dem Antrag des Oberstaatsanwalts zu je 1 Jahr Zuchthaus verurteilt, desgleichen der Angeklagte Zehle. Die übrigen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von 10 Tagen bis zu 2 Monaten. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

In der Urteilsbegründung führte der Landgerichtsdirektor Dr. Kröpflin aus, daß die Strafe eine sehr empfindliche sein müßte, da die Angeklagten mit großer Unvorsichtigkeit vorgegangen seien. Ein vor der Urteilsbegründung gestellter Antrag des Oberstaatsanwalts Harbt, den Ministerpräsidenten Braun betreffs des Gebietes der Schorheide zu hören, wurde vom Gericht abgelehnt.

Für die Alten vom Prenzlauer Berg.

Im grauen, einformig dahinfliehenden Jahr der alten Berliner gibt es einen Höhepunkt: die sommerliche Dampferfahrt. Da werden etwa 1000 alte Männlein und Weiblein auf zwei großen Dampfern verfrachtet, die sie auf einem der heimischen Gewässer nach einem Ausflugsort bringen, wo sie den ganzen Tag froh sein können. Von diesem Fest wird schon das ganze Jahr über gesprochen — vielleicht auch geträumt — vor allem aber wird für dieses Fest gespart, weil der Stadtöster Säckel solch Riesenausflug allein nicht herappen kann. Zur Deckung der Unkosten wird nun jedesmal vorher ein Wohltätigkeitsfest veranstaltet und jeder muß sehen, daß er soviel Karten wie möglich an seine Freunde und Verwandten verkaufen kann. Diesmal hat die Sache wieder einmal geklappt, im großen Garten des Saalbau Friedrichsbain war nicht ein Plätzchen frei und die viereinhalbtausend aufgestellten Stühle reichten noch gar nicht einmal. Auf der Gartenbühne konzertierte ein Orchester arbeitsloser Musiker und wetteiferte mit ihren Leidensgenossen vom Brett durch eine Reihe guter musikalischer, akrobatischer und anderer artistischer Darbietungen um die Gunst des Publikums. Bei prächtigem Sommerwetter und einem kräftigen „Selbstgebräutchen“ war alles in froher Stimmung und während die letzten Sonnenstrahlen über dem Garten lagen, vergnügte sich die Jugend schon im Saal bei fröhlichem Tanz. Tombola, Kasperlentheater und Onkel Pelle sorgten dafür, daß auch das kleine und kleinste Publikum auf seine Kosten kam. Am 7. August steigt dann die langersehnte, gut fundierte Dampferfahrt nach dem Müggelschloßchen, veranstaltet vom Wohlfahrtsamt Prenzlauer Berg.

Rose-Theater. Berliner Theater schließen jetzt, man möchte fast sagen, lügenweise ihre Häuser. Die Rosas in Berlin D. denken nicht daran, Sommerruhe zu halten. Im Gegenteil, sie spielen drinnen und draußen zu gleicher Zeit. So bringen sie jetzt mit einer ausgezeichneten Besetzung und mit ausgezeichneter Inszenierung ein sich französisch gebendes Lustspiel von Alfred Müller und Hans Lorenz: Der Herr mit dem Fragezeichen. Inhalt? Ein aus reichem Hause stammender aber verarmter Mann der Gesellschaft greift in der Not zu dem Beruf des Rasfeurs, macht sich aber, da er sehr viele Damen aus seiner eigenen Gesellschaftsschicht behandeln muß, unfeinlich, indem er stets eine Maske trägt. So kommt er eines Tages wohl oder übel zu seiner eigenen Frau. Natürlich, wie in allen solchen Fällen, ein paar Unwahrscheinlichkeiten, die aber durch klottes Spiel gnädig verdeckt werden. Allen voran die große Aquisition Rosas, Carl de Vogt und mit ihm Maria West. Weiter Fred Goebel, Armin Schweizer, von der Volksbühne bestens bekannt, und Hermine Sterler, alles ausgezeichnete Künstler, die ein wirklich nettes und amüsantes Zusammenpiel zustandbringen.

Der Gesamtschaden im Umwettergebiet des Elbeals bei Hagen in Westfalen beträgt nach den vorläufigen behördlichen Schätzungen rund 650 000 Mark. Die endgültige Feststellung der Schadensumme muß weiterer eingehender Nachprüfung vorbehalten bleiben. Der preussische Finanzminister Dr. Höpfer-Schöff wollte am Montag in dem von der Wirbelsturmkatastrophe heimgesuchten Gebiet im Landkreise Altena.

Allgemeine Wetterlage.



Auf der Südseite einer Depression über Nordskandinavien und dem nördlichen Eismeer strömen kühle, aus höheren Breiten stammende Luftmassen nach Osten. Der Nordwesten Deutschlands kam bereits in ihren Bereich. Der Übergang in den neuen Luftkörper vollzog sich unter Bewölkungszunahme und Aufzirkeln der Winde; unbedeutende Niederschläge sind nur ganz vereinzelt vorgekommen. Es ist anzunehmen, daß wir auch am Dienstag im Bereiche der kühlen Luftmassen liegen werden.

Wetterausichten für Berlin: Teils heiter, teils wolkig, bei niedrigeren Temperaturen, mögliche westliche bis nordwestliche Winde. — Für Deutschland: Im Norden und Osten Abkühlung, aber meist trocken, im Süden noch keine Abänderung.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“
Gesäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37-38, Hof 2. Etz.
Mitte, 4. Ramerstraße; Dienstag, 30. Juni, 20 Uhr, Mitglieder-versammlung bei Brandts, Stralauer Str. 10. — Feiertagsbain, Ramerstraße; Dienstag, 30. Juni, 19 Uhr, Mitglieder-versammlung bei Weilmühl, Friedenstr. 96. — Tiergarten, 2. Ramerstraße; Mittwoch, 1. Juli, bei Hotel, Putzstr. 10. Abt. 1. und 2. Ramerstraße; Abreden der Karten für die Lampenfahrt.

Berliner Jünger-Klub, gegr. 1838, gibt jeden Donnerstag 10 1/2 Uhr im Klubhaus Obstr. 1.
„Sturzwogel“, Ortsgruppe Charlottenburg; Mittwoch, 1. Juli, 20 Uhr, Ortsgruppenversammlung, Restaurant „Zum Winterfeld“, Gedächtnisstr. 43 (am Rollendepot).
Reichsbund jüdischer Frontkämpfer, Ortsgruppe Berlin, Bezirk Nord, Charlottenburg, Köpenick, Neudorf Süd und Ost; Sonntag, 3. Juli, Dankensausstellungspart, Alt-Neudorf 4-10, Sommerfest.

Braune Herrenschuhe 15⁵⁰ SALAMANDER

Max Barthel: Sturm auf La fille morte

Es war ein Tag wie heute, erzählte Hauwien, der Morgen war regnerisch, am Mittag brach die Sonne durch. Wie der Abend war, weiß ich nicht mehr. Ich entsinne mich nur, daß schon in der dritten Morgenstunde die große Schießerei begann. Es war in den Argonnen. Das Neuiriffontot, diese kalte, zerschmetterte Schlacht sollte von uns gestürmt werden und vor allem die Höhe 285, die den Frontabschnitt beherrschte. Gleichzeitig mit dem Tal und jener Höhe aber sollte der Bergriegel La fille morte, die tote Tochter, genommen werden. Um drei Uhr in der Morgenfrühe also begann die große Schießerei. Die Küstenmörserbatterie begann um vier Uhr zu brüllen.

Ich habe viel später über jenen Sturmtag in den Argonnen gelesen und kann nun im Zusammenhang erzählen. Der einfache Soldat in der Front kennt keinen Zusammenhang. Er kennt nur den Befehl, der ihn in den Hengestessel stößt. Der Hengestessel! Das Tot, die Höhe und die tote Tochter rauchten, stöhnten und brüllten schon am frühen Morgen auf. Die Soldaten aber blieben stumm. Halb fünf Uhr setzten im Wald alle Geschütze und Minenwerfer ein. Die ersten Sprengungen trachten hoch. Bei Lacon stand ein deutscher Fesselballon und beobachtete die Front und die französische Hinterland. Da kamen von Verdun die Flieger herüber und griffen ihn mit Bomben und Maschinengewehren an. Er mußte niedergehen.

In den Argonnen nun donnerte vier Stunden der Geschützkampf. Vier Stunden paukten die Minen, und als dann die schlesischen Jäger zum Angriff vorstießen, wurden sie von den eingebetteten Gräben von den Franzmännern schon erwartet. Die ersten Sturmreihen verbluteten sich. Ja, einige Gräben waren genommen, die Hauptstellung war trotz der Kanonade unerschüttert und spie Stahl und Feuer.

Was wissen denn die grünen Bengels, die jetzt nach Revanche schreien, eigentlich vom Krieg? Und was wissen wir noch vom Krieg? Wir haben alles vergessen, ja, manchmal träumen wir noch von Trommelfeuer, aber dann kommt der Tag und wäscht das Entsetzen aus unseren Hirnen. Damals aber, in den zwei Stunden, als die Jäger in den ersten französischen Gräben lagen, damals wußten sie, was Krieg war. Ueberall lagen die Toten, die Deutschen und die Franzosen, und die Lebenden brandeten gegeneinander, und der Schaum ihres Zusammenstoßes war rot und war Blut. Diese zwei Stunden da vorn waren kein Kampf mehr, sie waren nur Mehelei mit Handgranaten.

An den anderen Teilen der Argonnenfront rollte und grüllte der Geschützkampf weiter. Sieben Stunden lag das Feuer auf den französischen Gräben. Wir lagen neben La fille morte, und noch am Vormittag liefen einige Franzmänner über. Sie taumelten durch die schwarzen, weißen und gelben Rauchschwaden, durch den heulenden Splittergeschwall, sie kamen mit erhobenen Händen und ergaben sich. Für sie war der Krieg beendet. Und dann kam die Sonne. Sie ging durch den schweren Qualm der Beschießung wie ein roter trauriger Mond.

Dann stockte plötzlich das Feuer. Der Angriff begann auf der ganzen Linie. Vor den Sturmfronten wabberten die schwarzen Rauchfahnen und roten Feuerzungen der Flammenwerfer. Ein französisches Blockhaus ging in Flammen auf. Die Besatzung verbrannte. In der Sturmweite ging auch ich mit vor und kam in einen Handgranatentempel hinein. Das war die Hölle. Jeder Schritt führte über Leichen.

Nun könnte ich aus jenen Stunden grausige Episoden erzählen, aber das kann jeder, der eine Schlacht in der Front miterlebt hat. Das Bleh, das Raubtier im Menschen, kämpfte einfach gegen das andere Raubtier in der anderen Uniform und war erfüllt von wahnwitzigem Vernichtungswillen.

Da lagen sie nun, die Deutschen und die Franzosen, wie in einem Mahlstrome von Blut. Es gab keine Rettung und kein festes Land mehr. Die einzige Rettung war der Tod des anderen. Alle Begriffe von Vaterland, Ehre, Nation, Gott und Menschlichkeit waren ausgelöscht, von den Flammenwerfern verbrannt, von den Minen zerkleinert, von den Handgranaten zerrissen. Jeder Handgranatenwurf, jeder Schuß, Hieb, Stich und Fluch war Wurf, Schuß, Hieb, Stich und Fluch zur Rettung des eigenen Lebens.

Du oder ich war die fürchterliche Parole in jenen Stunden, als die Schlacht um das Tal, um die zerschmetterte Höhe und um La fille morte ging. Du oder ich, trachten die Handgranaten. Du oder ich schnatterten die Maschinengewehre. Du oder ich, sauchten die Flammenwerfer. Du oder ich, stießt die scharfgeschliffenen Spaten. Du oder ich, leuchtete der Franzmann und der Deutsche, leuchtete wir, wenn wir aufeinanderstießen und uns nicht ergeben wollten.

Du oder ich?
Ich will leben, also du!
Um zwei Uhr war La fille morte in unserer Hand.
Auf der toten Tochter lagen viele tote Söhne.
Deutsche und Franzosen.

Die tote Tochter: ihr feuriger Schoß war unfruchtbar! Die tote Tochter: ihr Lächeln brachte den Deutschen und Franzosen das Verderben. Die tote Tochter: ihre Ummarmung zerquetschte die Rippen! Die tote Tochter: ihr Ruf war Todesurteil für die deutschen und die französischen Söhne.

La fille morte war erobert, aber der Kampf ging immer noch weiter. Der fürchterbare Sonntag in den Argonnen wollte kein Ende nehmen. Die Jäger stürmten vor und kamen bis in die französischen Batteriestellungen. Und da fanden sie den Hauptfeind: die präzisen Nordmaschinen, die auch an den stillen Tagen mit den ewigen Feuerüberfällen das Leben bedrohten.

Der Krieg war nämlich ein Krieg der Maschinen, liebe Leute, und in den Jägern war Wollust, als sie die Geschütze erreichten. Ihre Bedienung stöhnte und wurde niedergedrückt. In die runden Kanonenrohre wurden Handgranaten geschossen, die Richtoorrichtungen wurden mit Weisfäden zertrümmert, und das war der Anfang zu einer blitzschnellen Vernichtungsgeschichte. Die Kanoniere waren vergessen. Sie waren nicht mehr die Feinde. Die Geschütze waren die Feinde, die Kanonen die Mörder. Und nun, und nun aber wüteten die Menschen gegen die übermächtigen, sonst unangreifbaren Maschinen! Der Mensch gegen die Maschine! Es war, als die Geschütze demoliert wurden, dieselbe Verzweiflung in den Soldaten wie in den Herzen der Maschinenstürmer damals in England oder bei den armen Weibern im Culengebirge.

Dann aber regte sich der Franzmann. Er schaukelte Minen herüber. Da sprengten die Soldaten, ehe sie sich zurückzogen, ein Munitionsdepot in die Luft, ein gigantisches Feuerwerk im stockenden Donner der Front.

Der Tag war blutig.
Am Abend schloß die Schlacht ein, und wir gruben uns in die zerstampfte, zermahlte und vergiftete Erde. Zwischen den neuen Linien lagen viele Verwundete und wimmerten. Sie konnten nicht hereingeholt werden. Auf jeden Mann, der sich über dem Graben zeigte, wurde geschossen. Und warum sollten auch die Verwundeten hereingeholt werden? Sie wurden doch nur in den Lazaretten wie an einem laufenden Band ausgeheilt, wieder an die Front geschickt, um aufs neue das Blut zu verspritzen.

Einmal begann mitten in der Nacht ein wahnwitziges Feuer. Es klang wie der handklopfende Beifall einer millionentöpfigen Menge. ...

sein und der Offizier von ehemals sich nur nach in der Rolle der internationalen Polizei betätigen, damit die Allgemeinheit vor unförmlichen, egoistischen Elementen geschützt bleibt? Ach, Essad, wenn das Letzte der Fall sein sollte, dann lebst du ein schönes Leben und mancher von uns, der rauh von der Wirklichkeit zertritten wird und nur seine Gedankenkraft säen kann, er hätte doch nicht vergebens gelebt.

Oda Olberg: Die Alhambra

Gräber und Tempel, Festungsmauern, Thermen und Wasserleitungen kommen durch die Jahrhunderte auf die Nachwelt. Sie alle sind im Trost gegen die Vergänglichkeit entstanden. In ihnen ergreift der Mensch Besitz von der Natur, mit Quaden aus Felsen oder mit Ziegelsteinen, die der Zeit widerstehen: er tut es im Dienste einer Idee oder allgemeinen Ruhens. Aus den Pyramiden und der Akropolis, aus den römischen Aquädukten und den mittelalterlichen Festungen spricht die Vergangenheit zu uns. Nicht so in der Alhambra. In ihr ist weder Vergangenheit noch Zukunft, sie ist die ewige Gegenwart, das genießende Heute, das kein Gestern nach sich schleppt und kein Morgen fürchtet.

Gewiß, auch die Alhambra war eine Festung, sonst ging längst der Pflug über ihr Gelände. Auf einem steil abfallenden Felsplateau, das die Natur schon mehrfach gemacht hatte, hat sie ein maurischer Herrscher, Mohamed I., zu Beginn des 13. Jahrhunderts erbaut, mit mächtigen Mauern und Türmen. Aber die Festung ist nur die Schale, in der der Kern, das Schloß des Sultans, uns erhalten wurde. Da sind Stärke und Schönheit, aber ganz unvereinbar. Rahl und prunklos stehen die Mauern, jeder Schönheit bar; kraftlos und ohne Wucht sind die herrlichen Säle und Erker, die zarten Säulen und die leuchtenden Kuppeln. Die Alhambra ist schön, im reichsten Sinne dieses Wortes, aber sie ist nicht grobhartig. Sie ist ein Fest für die Augen. Die Wände scheinen aus Elfenbein geschnitten, mit stets wechselnden Mustern, die sich winden, verschlingen und gleiten, in der ewigen Mannigfaltigkeit der Arabeske, der die Darstellung der menschlichen und tierischen Gestalt verwehrt ist. Jeder Hof — Patio — ist ein neues Wunder, von grünen Pflanzen und Wasserbeden, schlanken Säulen und spitzgenarbt verzierten Bögen. Durch die maurischen Fenster mit dem zarten Gitter, der den Doppelbogen trägt, sieht man hinunter ins Tal von Granada, in das gesegnete Tal, das das Wasser von drei Flüssen trinkt. Der Saal der Gefanden trägt eine Holzkuppel, wie ein Stück Sternhimmel, und hat Fensteröffnungen, die uns die riesige Dike der Mauern vertragen und gleichzeitig durch leichtes duftiges Zierwerk über sie hinwegtäuschen. Man hat an diesen Wänden 152 verschiedene Muster gezählt. Hier soll unter Boabdil in den letzten Tagen von 1492 die Uebergabe von Granada beraten worden sein, die am 1. Januar 1492 erfolgte.

Diese Kunst, die der Natur nichts absehen wollte, zaubert uns im Saal der Abencerragen eine Stalaktitengrotte vor, mehr phantastisch als schön. Wir sehen die Bäder des Sultans und der Favoritin, über ihnen einen Erker für die Musikkapelle: die Musiker waren blind. Bunte Kacheln mit dem berühmten Metallglanz, und Alkoven und Säle öffnen sich immer auf ein Patio, unter offenen Himmel, mit Arten, Orangen, Zypressen und fließendem Wasser. Alles war ohne Lüren, nur mit Teppichen verhängt. Wir brauchen uns gar nicht vorzustellen, daß einmal größere Pracht, Goldglanz und Farben dort geherrscht haben. In der Alhambra bedarf man keiner Phantasie. Da ist viel mehr verwirklicht als sich die üppigste Phantasie vorstellen könnte. Man braucht nichts in Gedanken zu ergänzen. Alles erscheint vollendet. Die Alhambra kann zusammenstürzen, aber sie wird nie alt werden.

Grobhartig ist sie nicht, sie erheitert nicht, sie löst keine Ehrfurcht ein. Bienenstich, weil sie nicht über uns steigt hinausweist. In ihr ist kein Suchen und Ringen, sondern Erfüllung. „Sieh, wie schön das Leben ist!“ ruft sie einem zu. Die Menschen, die diese Bauten erbauten, brauchten keine Todesgedanken zur Würze des Genusses: sie hatten eine unmittelbare, keines Anreizes bedürftige Lebensbejahung. Die Problembehaftetheit des christlichen Wesens ist ihnen erspart geblieben.

Bekanntlich hat man dann die Mauren vertrieben und die Juden vertrieben. Granada, das unter den Mauren eine halbe Million Einwohner gehabt haben soll, verlor seinen Glanz. Die Inquisition trat an die Stelle mohamedanischer Duldsamkeit. Wer die zwei Welten ahnen will, deren eine hier die andere verdrängte, der gehe etwa, nachdem er in der Alhambra war, in die Kapelle San Cecilio oder in die Karthause und sehe sich da all die Marterbilder an, die Christusbilder, die im Todeskampf die Augen verdrehen, die mit sadistischer Phantasie ausgemalten Torturen, bei denen man die den Lebenden herausgerissenen Eingeweide genau erkennen kann, die mit Wachs überzogenen Leichname, die noch die ehlenen Nägel und Zähne haben sollen. Dieses wie hypnotisiert auf den Tod Starren und auf seine Schrecken kennzeichnet jene christliche Welt, die damit ihre Lebensgier antrieb. In der ganzen Alhambra findet man nichts, das an den Tod gemahnte, den Gedanken an ihn verheuchen oder mit ihm versöhnen sollte. Alles ist heiter und leicht.

Die Alhambra ist zeitlos. In ihr raunen keine vergangenen Jahrhunderte, gehen keine Gespenster um. Technisch steht alles vollendet da, wie durch eine Laune der Weltmacht mühelos geschaffen. Und, weil die menschliche und tierische Gestalt fehlt, nur die Linie herrscht in ihrer beziehungslosen Harmonie, kann nichts selbisch alt oder nüchtern unmodern werden. Diese naturfremde, spielerische, kostbare Kunst als Rahmen und Mittel des Lebensgenusses reicht nirgend ins Maßlose: sie ist der Augenbild, den man zu weiten zwang, weil er so schön. Das ist das einzig Faustische, was man aus der Alhambra mitnimmt. Hier ist dem Dauer verlichen, das im Menschenleben visionenhaft vorübergeleitet.

Wie wurden früher die Reden der Abgeordneten niedergeschrieben? Ehe die Stenographie erfunden war, konnten die Reden in den Parlamenten natürlich nicht wörtlich aufgenommen werden. Wir wissen denn auch z. B. von der ersten französischen Nationalversammlung, daß die Schriftführer sich begnügten, die Reden zu resumieren. Auch das war keine Kleinigkeit, wenn man bedenkt, daß z. B. die erste große Rede, die Robespierre hielt, nicht weniger als sechs Stunden dauerte. Hatte ein Abgeordneter, was häufig geschah, seine Rede vorher niedergeschrieben, so gab er dem Büro sein Manuskript. Die Rede wurde dann so gedruckt, wie sie geschrieben, nicht aber wie sie gehalten worden war. Oft waren die Redner aber auch selbst mit ihrer Leistung nicht zufrieden, und sie schrieben dann nach der Sitzung eine ganz neue Rede für den Bericht nieder. Seitdem die Stenographie aufgenommen ist, können die Reden zwar wörtlich aufgenommen werden, doch sind Irrtümer nicht ausgeschlossen. Deshalb pflegen die Abgeordneten ihre Reden vor der Drucklegung durchzulesen; dabei verbessern manche den Text in einer solchen Weise, daß eigentlich eine ganz neue Rede entsteht, die für die Nachwelt bestimmt ist.

Die Bedeutung des Signals der Schiffe „SOS“ als „Save our Souls“ (Rette unsere Seelen) ist später hinzugefügt worden. „SOS“ wurde von der Internationalen Radiotelegraphenkonferenz in London im Jahre 1912 nur gewählt, weil diese Zeichen im Morse-Code so leicht zu geben waren (... — — — ...), daß auch der unerschaffene Radiotelegraphist sie geben kann. Vor diesem Beschluß war das Signal „CQD“.

Erna Büsing: Mein Freund Essad

Mein Freund Essad ist ein munterer Knabe, der in Konstantinopel lebt, dieser sonderbaren Stadt am Bosphorus, nach der sich jeder reiselustige Mensch sehnt und um die jeder klagt, der sie verlassen muß. Wer in ihr gewohnt, geliebt und gelebt hat, um durch hartes Schicksal aus ihr vertrieben zu werden, der trauert ihr im Herzen nach, wie der Bräutigam einer früh verstorbenen Geliebten. Mag ein Mensch derart in die tausend Räte der Gegenwart verstrickt sein, daß er sich selbst fremd wird, mag er sich aus Laune der Seele oder Arbeitsüberbürdung von Menschen trennen, das Andenken an Konstantinopel bleibt. Essad lebt in kindlicher Selbstverständlichkeit in dieser Stadt. Sie ist für ihn seine Welt und sie ist für ihn die Welt. Das Leben ist für ihn nur bunt, er kennt nicht seine hundert empörenden Gegenfälle.

Essad tollt durch einen herrlichen Garten. Essad denkt viel an mich, doch ist er noch nicht so groß und klug, um seine Gedanken aufschreiben zu können, er kann sie nur aussprechen und sie werden mir von seinem Vater übermittelt und darum stehen sie in ihrer Ursprünglichkeit vor mir.

Essad legt sich unter hohe Blumen und dann bekommen die Blumen Federn und wachsen in den Himmel hinein. Für ihn wachsen auch die Minarette der Moscheen in den Himmel, er weiß, daß die Spigen von Sultan Ahmed und der Hagia Sofia (Moschee in Konstantinopel), mit den Wolken sprechen. Essad hat das selbst gesehen, es geschieht nur an schönen Abenden, immer kurz bevor der Himmel seinen schwarzen Mantel anzieht.

Essad hat einen Freund, der ist älter als er. Und dieser Freund ist krank, liegt immer auf einer Matrahe und Essad geht jeden Tag zu ihm. Er erzählt ihm alles, nur spricht er zu ihm nie von Blumen, weil dieser kranke Freund keinen Garten hat und nicht mit Blumen leben kann. Er bringt dem Freund auch keine Blumen mit; denn abgesechnittene Blumen sterben und wenn die Blumen sterben, dann können doch weder Essad noch sein Freund glücklich sein. Essad trägt seinem Freund jeden Tag Essen hin. Doch bittet Essad, daß nicht für den Freund getoht wird, Essad spart von seinem Essen etwas. So gibt er und sonst würde er nur bringen. Essad formte diese Unterschiede und beachtet sie stets, er will nicht, daß man sie ihm vermischt. Ich meinte, der arme, kleine, kranke Freund sei doch sehr einsam. Diese Auehrung haben die Knaben einen ganzen Nachmittag miteinander besprochen und dann kamen sie zu der Ansicht, daß sie mir energisch widersprechen mußten; denn der kranke Knabe habe den Koran, der sei das größte Buch auf Erden, er habe eine Kabe, das sei das schönste Tier der Welt, und dann käme jeden Tag Essad und abends käme immer der Onkel des Kranken, so könnte er immer warten und sich freuen. Ich als Europäer frische ganz in mich zurück und beneide den Orientalen aus seiner Perspektiv, weil er noch warten kann. Er kann „Marien-Wäusen“ als Freude in sein Leben bauen und mir verzweifeln, wenn wir an der Haltestelle der Straßenbahn stehen.

Auch Essad ist nach meinem Begriff einsam, aber er empfindet es nicht. Seine Mutter ist gestorben. Sie liegt auf Ejub, diesem

wunderbaren Friedhof, auf dem nicht nur die Menschen, sondern ebenso die Bäume trauern und träumen. Essad geht gerne nach Ejub, es ist dort schön und weil es dort schön ist, empfindet sein Herz weder Trauer noch Sehnsucht. Essad lebt noch zu primitiv, um etwas vom bewußten Leben wollen zu verstehen.

Essads Vater hat ein Motorboot und Essad hat ihm einen Namen gegeben und er nannte es Feisal, das Schwert, weil das Motorboot die Wellen zerschneidet und bestiegt. Durch diese Namensgebung offenbarte sich Essad mir als Türke (ein Wort, das die christlichen Völker des Balkan mit Mordrenner übersetzen), er ist ein Charakter ohne Uebergang, er ist Schwert und Seele zugleich. Das ist die Richtung, die sich katastrophal austobte in manchem kriegsgeschichtlichen Weltgeschehen. Essad ist noch zu klein, um mit dem Boot allein hantieren zu können. Darum wünschte sein Vater, er sollte es jemandem versprechen, nie allein an das Boot zu gehen. Der Vater dachte an die leicht austretende Bergeslichkeit der Kinder und darum schloß er von den Autoritäten, denen das Gelübde abzulegen sei, sich selbst und den Lehrer aus. Essad sollte das Versprechen jemandem geben, der immer zugegen sei. Da dachte Essad lange, lange nach, dann nahm er straffe Haltung an und sagte feierlich zu dem Boot: „Ich verspreche dir, nie allein zu dir zu kommen und auch nie den Motor anzufassen.“

Essad spielt gerne mit Soldaten und einmal waren ihm 33 Soldaten in den Bosphorus gefallen. Da sagte der Vater: „Aber, Essad, Soldaten sind Seelen, Soldaten sind kein Spielzeug. Du bist ja ein schlechter Anführer, wenn du 33 Soldaten ertrinken läßt. Nun siehst du wohl ein, daß du noch viel zu klein bist, um mit Soldaten spielen zu dürfen.“

Und da packte Essad die Soldaten weit weg. Sie liegen auf Nachbars Boden, hoch oben bei den Bassertonnen, die immer gefüllt und immer zur Hand sein müssen, wenn einmal Feuer ausbricht in Konstantinopel. Als Pazifistin freue ich mich, daß Essad nicht mehr mit Soldaten spielt und die Begründung des Vaters ist sympathisch und klug. Trotzdem wurde sie nicht in unserem Sinne gegeben; denn Essads Vater ist Berufsmilitär und für seinen Sohn kennt er nur einen Beruf, und zwar den des Offiziers. Darum meckert er so stolz bemüht von vornherein Essads Verantwortungsbewußtsein.

Wie die Lastkamele durch die Wüste schudeln, im gleichen Schritt, das eine tritt immer in die über den Sand hinweggleitenden Fußstapfen des anderen, so schudeln auch ganze Familien in vielen Generationen durchs Leben. Immer im gleichen Schritt, immer im gleichen Troit. Die Bestimmung wird schon den Kindern ins Leben gebaut.

Essad, wenn du erwachsen bist, sind alle die großen Namen von heute längst abgetreten von der Bühne des Lebens. Dann bestimmt ihr, die Kleinen von heute. Wirft du dann leuchtenden Auges und heißen Namens die Namen von Kriegshelden nennen, mit der heimlichen und offenen Sehnsucht, ihnen nachzueifern? Oder wirst du das Heer nur als Verteidigungsinstrument des Volkstaates betrachten? Oder werden die Heere dann völlig zusammengestumpft

Dividende statt Kapitalschnitt.

Unverantwortliche Finanzpolitik der Schwerindustrie.

Die Gelsenkirchener Bergwerks A.-G., die Holding-Gesellschaft Friedrich Hiltz für die Majorität des Stahlvereins, legt für das Geschäftsjahr 1930/31 einen Jahresabschluss vor, der einen Reingewinn von 15,4 Mill. Mark ausweist, aus dem an die Aktionäre 6 Proz. Dividende verteilt werden sollen. Damit folgt die Gesellschaft rein rechnerisch dem Vorgehen der Vereinigten Stahlwerke A.-G., ihrer Tochtergesellschaft, die für das Geschäftsjahr 1929/30 den Dividendensatz ebenfalls um 2 auf 4 Proz. herabgesetzt hatte. Die Grundlage der Gewinnausschüttung ist die Bilanz von Gelsenkirchen.

Diese Bilanz enthält jedoch unsichtbare große Verluste,

deren Abschreibung auch aus volkswirtschaftlichen Gründen dringlicher erscheint als die Dividenden-Ausschüttung, über die noch einiges zu sagen sein wird. 252 Millionen Aktien der Vereinigten Stahlwerke A.-G. stehen mit rund 100 Proz., also zu Pari, rund 82 Millionen Phoenix-Aktien — das wichtigste Aktium des Phoenix sind wiederum Aktien des Stahlvereins — stehen sogar mit etwa 110 Proz. zu Buch. Schon nach den Dividenden der beiden Unternehmungen sind die Buchwerte ihrer Aktien überhöht. Dies gilt jedoch noch weit mehr, wenn man berücksichtigt, in welcher kritischen Lage sich die Vereinigte Stahlwerke A.-G. befinden.

Vor dem Enquete-Ausschuß

hat Generaldirektor Dr. Bögl, der nach außen noch als einer der führenden Ruhrleute gilt, — wenngleich seine Funktionen schon so weitgehend repräsentativ geworden zu sein scheinen, daß er als Kandidat für das Reichswirtschaftsministerium genannt wird — mit nicht mißzuersehender Deutlichkeit ausgesagt, daß der eigentliche Sinn der Gründung des Stahlvereins es war, die Kapitalzusammenlegung der Gründergesellschaften zu vermeiden; d. h. also, daß in die Bilanz des neuen Unternehmens Anlagewerte übernommen wurden, die schon zum Zeitpunkt der Gründung sich als überhöht erwiesen hatten.

In den Jahren guter Konjunktur von 1926—1929 hat gleichwohl der Stahlverein 6 Proz. Dividende verdienen können. Mit dem Ausbruch der Krise erwies sich jedoch, daß der ursprüngliche Fehler noch nicht behoben war. Für das Jahr 1929/30 mußte die Dividende herabgesetzt werden; für das Jahr 1930/31 erwortet man allgemein einen Ausfall der Dividende, wenn nicht einen offenen Verlust. Der Kapitalverlust, der schon 1926 eingetreten war und den man hoffte, durch den Zusammenschluß zu vermeiden, tritt heute in der Form der Ertragslosigkeit erneut in Erscheinung.

Erzverträge als Hauptquelle laufender Verluste.

Maßgeblich für die Ertragslosigkeit sind aber keineswegs die Steuer- und Soziallasten, wie der repräsentative Herr Bögl und seine Kollegen gern verkünden, sondern ganz andere Gründe. Vor dem Enquete-Ausschuß hat der Roheisen-Sachverständige der Schwerindustrie, Klobbach, ausgesagt, daß die Erzlösen in den westlichen eisenerzeugenden Ländern je Tonne Roheisen nur etwa 25—30 Proz. der Kosten in den deutschen Werken betragen, daß mit anderen Worten die Rohstoffkosten in der deutschen Eisenindustrie um 30—40 M. je Tonne über denen des Auslands liegen. Auf die Tonne Stabeisen berechnet wird diese Selbstkostendifferenz natürlich noch größer.

Diese Sachlage hätte die deutschen Werke zur allergrößten Vorsicht bei ihren Erzdispositionen veranlassen müssen. Statt dessen ließen sie sich von dem eingebildeten Gespenst einer Erzknappheit schrecken, und ohne Rücksicht auf die wohl begründeten Hinweise des Enquete-Ausschusses, daß mit der Gefahr einer solchen Knappheit nicht zu rechnen sei, schlossen die Werke langfristige Lieferungsverträge über schwedische Eisenerze zu Festpreisen ab, die zum Teil bis zum Jahre 1942 die Werke binden. Dabei dienten als Grundlage die Preise des Hochkonjunkturjahres 1927!

Der durchschnittliche Jahresverlust, der sich heute aus diesen Verträgen ergibt, beläuft sich auf mindestens 25 Millionen Mark, wovon über die Hälfte auf den Stahlverein entfällt. Für die Zeit der Geltung dieser Verträge dürfte sich beim Stahlverein

bei unveränderten Erzpreisen ein voraussichtlicher Verlust von mindestens 200 Millionen Mark

ergeben; ein Viertel des Aktientapitals der Vereinigten Stahlwerke wäre also aus diesem Grunde allein als verloren anzusehen. Dieser Verlust tritt zu den Kapitalverlusten, die bei der Gründung des Stahlvereins bereits abschreibungsbedürftig waren und mit ebenfalls

200 Millionen Mark nicht zu hoch beziffert sein dürften, noch hinzu, wenn auch erst für die ganze Periode bis 1942.

Statt den mehr als erfolglosen Führern dieses Unternehmens die Notwendigkeit der Sanierung aufzuzeigen und sie so rücksichtslos des Glanzes jener Unfehlbarkeit zu entkleiden, mit der sie der deutschen Wirtschaft und der Reichsregierung Vorschriften zu machen sich erlauben, trägt die Reichsregierung ihrer schwierigen selbstverschuldeten Lage Rechnung. Das geschah einmal durch die Garantieübernahme für die neuen Russenlieferungen, deren Ingangkommen die Schwerindustrie gefördert hat, weil sie in dem russischen Abnehmer einen Kunden zu finden glaubte, der gegen Kredit jene überhöhten Preise zu zahlen bereit sein werde, deren die Schwerindustrie bedarf; eine Annahme übrigens, die sich nicht verwirklicht hat. Den Fehlern der Schwerindustrie wird in unzulässiger Weise auch Rechnung getragen durch die Subventionen der neuen Notverordnung, nach denen die Reichsbahn wieder einmal viel zu teure Schienen einkaufen soll. Der Reichsfinanzminister ist sogar soweit gegangen, diese Subvention mit den schwedischen Erzverträgen der Schwerindustrie zu begründen!

Im Vertrauen darauf, daß die Reichsregierung sie über die Folgen der eigenen Fehler hinwegsetzen werde, sieht daher die Schwerindustrie an den Folgen der Mißwirtschaft ihrer Führer vorbei.

Sie weigert sich, die Konsequenzen zu ziehen: Kapitalzusammenlegung und Sanierung sowie die Beseitigung der Direktoren, die in so unwirtschaftlicher Weise in den Nachkriegsjahren die Werke verwaltet haben. Statt dessen verteilen ihre Direktoren Dividenden, um den Majoritätsbesitzern die Bezahlung ihrer Bankkredite zu ermöglichen, die sonst notleidend zu werden drohen, und entnehmen aus den schwachen Unternehmungen dazu noch, wie es nach Pressemitteilungen scheint, Mittel zur Bestreitung einer regierungsfeindlichen Propaganda.

Bergmann—AEG—Siemens

Das Ende von Bergmanns Selbständigkeit? — Keine Liquidation. — Und kein Kapitalschnitt?

Die Erklärungen und Vorgänge auf der Generalversammlung der Bergmann Elektrizitätswerke A.-G. haben mit hinreichender Deutlichkeit gezeigt, daß es mit der Selbständigkeit des Bergmann-Unternehmens zu Ende ist. Die Großaktionäre AEG und Siemens haben ihren Besitz an Bergmann-Aktien noch erheblich vergrößert. Als Vertreter dieser beiden Konzerne ist Dr. Peierls in den Aufsichtsrat gewählt worden — und überraschenderweise ist zugleich der langjährige Generaldirektor von Bergmann, Hiltz, von seinem Posten zurückgetreten; sein Nachfolger dürfte von den Großaktionären bestimmt werden.

Ueber die Lage bei Bergmann wurde mitgeteilt, daß die stillen Reserven zum großen Teil verbraucht seien; man werde in der Stilllegung unrentabler Abteilungen fortfahren. Die Nationalisierung werde so betrieben, wie es im Interesse der gesamten deutschen Elektroindustrie liege. Die beiden Großaktionäre seien so stark an Bergmann interessiert, daß eine Verfolgung von Sonderinteressen nicht in Frage kommen. — Wie aber soll man sich eine rationelle Zusammenarbeit der drei Großkonzerne anders vorstellen, als daß bei einem Unternehmen (das kann nur Bergmann sein) Anlagen stillgelegt, damit die der beiden anderen voll ausgenutzt werden können!

Die Umsätze im neuen Jahr sind weiter zurückgegangen; in der letzten Zeit sei eine Besserung durch Rußlandaufträge eingetreten. Der Erwerb der Aktienmehrheit der R. Frister A.-G. spielte in der Debatte eine große Rolle, da auf diese Beteiligung eine hohe Abschreibung notwendig geworden war. Der Vorstand verteidigte sich damit, daß die Frister A.-G. bei 6 Mill. Mark Kapital für 24 Mill. Mark Aufträge gehabt habe; die Angliederung des Gasapparatebaues von Frister sei also sehr reizvoll gewesen. Uebrigens ist das Recht zum Bezuge der restlichen 4 Mill. Frister-Aktien noch nicht ausgeübt worden. Auch die Beteiligung an der David Grove A.-G. (Heizungsanlagen usw.) hat Abschreibungen erfordert. Sehr verlustreich scheint das Südamerikageschäft gewesen zu sein. Die Filialunternehmungen dort werden aufgelöst; man will nur noch Handelsgeschäfte in Südamerika betreiben.

Wichtig ist schließlich noch die Mitteilung, daß eine Liquidation der Bergmann-Werke nicht in Erwägung gezogen und auch in Zukunft nicht zu erwarten sei. Wenn man aber so starke Stilllegungen vornimmt, wie sie im Interesse der ganzen Elektroindustrie notwendig sind, dann ist es volkswirtschaftlich nicht zu verantworten, daß der volle Kapitalanspruch bestehen bleibt, dann muß das Kapital bei Bergmann (44 Mill.) zusammengelegt werden. Der Verlustabschluß (im Vorjahr noch 9 Proz. Dividende!) wurde schließlich einstimmig genehmigt.

Der Karstadt-Skandal.

Die Spekulationen der Großaktionäre auf Kosten der Kleinaktionäre. — Die Rolle der Banken.

Auf der Generalversammlung der Rudolf-Karstadt A.-G. in Hamburg wurde wieder einmal eindeutig klar, wie in Deutschland die Kleinaktionäre die Kosten für die fehlgeschlagenen Spekulationen der Großaktionäre zu tragen haben. Die Banken, im Aufsichtsrat zahlreich vertreten, haben auch in diesem Falle bei ihrer „Aufsicht“ restlos versagt; sie sind von einer eigenwilligen Verwaltung hinter das Licht geführt worden — sie haben sich anscheinend sehr leicht hinter das Licht führen lassen.

Die Quellen für die überraschenden Verluste des letzten Abchlusses (im Vorjahr rund 15 Millionen Reingewinn, 12 Proz. Dividende) sind zwei: einmal die überaus schnelle und starke Expansion des Karstadt-Konzerns, zum andern die privaten Abmachungen der Vorstandsmitglieder bei Übernahme des Lindemann-Konzerns. Der kleinere Teil der Verluste (etwa 10 Millionen Mark) entfällt auf Abschreibungen infolge der verfehlten Expansionspolitik; die zahlreichen Angliederungen und Neubauten erforderten hohe Bankkredite, die einmal die Erfolgsrechnung bei Karstadt stark belasteten, zum andern aber den Banken große Zins- und Provisionsgewinne einbrachten. Doppelt so hohe Verluste, etwa 20 Millionen Mark, entstanden für die Gesellschaft dadurch, daß die Vorstandsmitglieder Rudolph Karstadt und Kommerzienrat Schönborff (beide zugleich Großaktionäre) den Lindemann-Aktionären gegenüber einen Kurs von etwa 220 bis 230 Prozent für die Karstadt-Aktie (heute steht sie nur 25 Proz.!) garantierten. Von dieser Kursgarantie mußte der Aufsichtsrat zunächst nichts. Im Januar 1930 hat dann der Gesamtvorstand der Karstadt A.-G. seinen beiden Mitgliedern Kredite eingeräumt, durch die sie ihre Verpflichtungen aus der Kursgarantie erfüllten. Dieser Kredit ist zunächst bei einem Privatvermögen von 14 Millionen Mark des Herrn Karstadt durchaus sicher gewesen. Das Privatvermögen beider Großaktionäre ist nunmehr auch in Anspruch genommen worden; darüber hinaus erleidet die Gesellschaft die oben angeführten Verluste — ein wesentlicher Teil davon ist dem neu in den Vorstand eingetretenen Herrn Lindemann zugeflossen!

Daß die Verluste so hoch wurden, hat noch einen anderen Grund — der Vorstand hat bestimmten Leuten Kredite in Höhe von 10 Millionen Mark erteilt (ohne Wissen des Aufsichtsrates!), damit sie an den Börsen Stützungskäufe in Karstadt-Aktien vornahmen. Das hatte keinen Erfolg, und auch dies Geld ist verloren. Uebrigens ist es interessant, wie unerhört die Vorstandsmitglieder bei Karstadt verdient haben (jedenfalls bis 1929); neben Gehältern von 30 000 bis 120 000 Mark erhielt der gesamte Vorstand eine Lantime von 30 Prozent des Reingewinns; das sind bei einem ausgewiesenen Reingewinn von 15 Millionen Mark für 1929 etwa 6,3 Millionen Mark Lantime; bei einem Vorstand von etwa einem Duzend Herren pro Kopf eine halbe Million Mark durchschnittlich, wozu die Großaktionäre noch ihre Dividende erhielten.

Daß die Karstadt A.-G. mit diesem Abschluß und diesen Abschreibungen noch nicht über den Berg ist, geht daraus hervor, daß mit den Banken über einen neuen Sonderkredit verhandelt wird. Ob man damit die Reorganisation des Unternehmens, die Verminderung des Warenlagers und schließlich die Vermeidung der Kapitalzusammenlegung schafft, muß bezweifelt werden. Die Banken haben ja scheinbar schon ein Opfer gebracht; sie übernehmen von den Großaktionären 20 Millionen Mark Aktien zum Kurs von 50 Proz. und zahlen 50 Proz. in bar (also insgesamt 10 Millionen Mark an die Gesellschaft. Für den Kursverlust bei dieser Übernahme lassen sie sich aber die Aktien in Vorzugsaktien mit fester 7prozentiger Verzinsung umwandeln. Vorläufig wird Karstadt sicherlich keine Dividende auf Stammaktien verteilen; die Banken erhalten stets 7 Proz. — und

Zucker nährt — und ist billig!

Halt!
Für die Reise

12⁵⁰ 14⁵⁰ 16⁵⁰

Mercedes Schuhe

wenn die Stammaktien höhere Dividende erhalten sollten, dann dürfen die Banken die Vorzüge in Stammaktien umwandeln. Also ein Opfer? Nein, um ihre eingefrorenen Kredite (75 Millionen Mark) zu retten, haben sie sich mit einer Kapitaleinlage an dem auf lange Sicht zweifellos gefunden Warenhausgeschäft von Karstadt beteiligt; gegen Verluste haben sie sich hierbei geschützt (feste Verzinsung), an zukünftigen stärkeren Gewinnen werden sie teil haben.

Was geschieht mit Wildau?

S stilllegung trotz großer Aufträge?

Von Angehörigen des Wertes Wildau der Raffei-Schwarztopf-Werke wird uns geschrieben:

In der Tagespresse ist von der Stilllegung des Wertes Wildau gesprochen worden. Dem Betriebsrat ist von einer Stilllegung bis jetzt noch nichts bekannt. Bei den Arbeitern und Angestellten des Wertes ist die Anschauung vorherrschend, daß genügend Aufträge vorhanden seien, um das Werk auch über die nächste Zeit hinwegzubringen. Besonders in der letzten Zeit sind größere Aufträge eingegangen, die dem Wert eine Beschäftigung mit der gegenwärtigen Belegschaft von rund 750 Arbeitern und Angestellten über ein Jahr gesichert hätten. Die Erfolge der Firma auf dem Gebiete des elektrischen Lokomotivbaues sowie der Steuerungseinrichtungen elektrischer Schnellbahnen als auch des allgemeinen elektrischen Maschinenbaues haben jedenfalls mit dazu beigetragen, durch Aufkauf der Raffei-Schwarztopf-Werke durch die Firmen AEG und Siemens die ihnen unbenutzte Konkurrenz auszuschalten.

Wieder einmal zeigt es sich, daß das Kapital nur sein Interesse kennt. Ohne Rücksicht darauf, ob hier Hunderten von Menschen Arbeit und Brot genommen wird, soll einfach ein solches Werk stillgelegt werden. Schon aus öffentlichem Interesse heraus wäre der Staat verpflichtet, eine Stilllegung des erhaltungsfähigen Betriebes zu verhindern.

Die Industrie an Ruhr und Rhein.

Uneinheitliche Konjunktorentwicklung.

Nach dem neuen Konjunkturbericht der Abteilung „Westen“ des Instituts für Konjunkturforschung ist der industrielle Beschäftigungszustand des rheinisch-westfälischen Industriebezirks in den letzten Monaten durch weitgehende Uneinheitlichkeit gekennzeichnet.

Bei den Verbrauchsgüterindustrien verbleibt als Reliquat eine Belebung der Produktionstätigkeit. Der Beschäftigungsgrad hat sich von Januar bis Mai um 7 Proz. gehoben, während er in der gleichen Zeit des Vorjahres um 6 Proz. abgenommen hat. Im wesentlichen dürfte die Belebung in den von Fabrikanten und Händlern vorgenommenen, durch die leichte Erholung an den Rohstoffmärkten geförderten Lagerdeckungen begründet sein.

In den Produktionsmittelindustrien des Reviers ist demgegenüber insgesamt noch eine Verschlechterung zu verzeichnen, obwohl auch hier die Bewegung einheitlich war. In der Eisenindustrie ist der Erzeugungsrückgang in den letzten Monaten zum Stillstand gekommen. Auch in der Maschinenindustrie ist kaum eine weitere Abschwächung der Beschäftigung erfolgt. Besserungen sind jedoch in den Produktionsgüterindustrien, abgesehen von dem stark saisonabhängigen Baugewerbe, nicht eingetreten.

Die Hoover-Hausse für Metalle.

Hoover wollte mit seiner Aktion in erster Linie — auch im Interesse der Vereinigten Staaten — die schlechte Weltkonjunktur verbessern. Auf den Metallmärkten der Welt, die von Amerika am stärksten beliefert werden, hatte Hoover einen Anfangserfolg. Die Metallverbraucher laufen wieder, und die Preise für die Nichtfermetalle steigen. Seit dem 20. Juni, dem Tage der Hoover-Proklamation, sind die Kupferpreise um etwa 12, die Zinnpreise um 5, die Blei- und Zinkpreise um etwa 6 Proz. gestiegen.

Der Großhandelsindex. Die vom Statistischen Reichsamt für den 24. Juni berechnete Indexziffer der Großhandelspreise lag mit 112,4 um 0,5 Prozent höher als in der Vormoode. Von den Hauptgruppen ist die Indexziffer für Agrarstoffe um 1,0 Prozent auf 108,3, für Kolonialwaren um 1,5 Prozent auf 97,2 und für industrielle Rohstoffe und Halbwaren um 0,5 Prozent auf 103,2 gestiegen. Die Indexziffer für industrielle Fertigwaren ist mit 136,5 um 0,1 Prozent zurückgegangen.

Der Braunkohlenablaß 1930/31. Nach dem Jahresbericht des Rheinischen Braunkohlenverbandes für das am 31. März abgelaufene Geschäftsjahr 1930/31 ist der Braunkohlenablaß verhältnismäßig gut gewesen, da Braunkohle vorwiegend von Haushaltungen und Bäckereien abgenommen wird. Die Rohbraunkohlenförderung betrug 44,2 Millionen Tonnen, die Bricketherstellung 10,1 Millionen Tonnen, das sind etwa 16 Prozent weniger als im Vorjahr. Rohbraunkohle wurde an Elektrizitätswerke 18 Prozent weniger, an die Industrie 7 Prozent weniger als im Vorjahr abgesetzt. Der Bricketablaß an Haushaltungen verringerte sich nur um 6 Prozent, der an die Industrie aber um 31 Prozent, während der Auslandsablaß sich auf der Höhe des Vorjahres hielt.

Erzhandel lohnt sich noch! Die Ramack u. Grünfeld A.-G., Charlottenburg, deren Kapitalmehrheit im Besitz der Metallgesellschaft, Frankfurt, ist, betreibt vor allem den Handel in Erzen. Obwohl die Lage der Eisenindustrie miserabel ist, obwohl diese schon jetzt für die Jahre 1932 und 1933 durch ihre katastrophalen Schwedenverträge mit Erzen sich stark eingedeckt hat, kann die Ramack u. Grünfeld A.-G. für 1930 8 Prozent Dividende (im Vorjahr 15 Prozent) verteilen. Dabei wird im Geschäftsbericht hervorgehoben, daß man einen großen Teil des Gewinnes als besondere Rückstellungen nicht ausgewiesen hat. Die Firma hat Importverträge auf russisches Erz abgeschlossen, woran sie gut zu verdienen scheint, was von ihren Beteiligungen (darunter Hochowenwert Lübeck) nicht allgemein gilt.

Keine Verlängerung des deutsch-polnischen Roggenabkommens. Das deutsch-polnische Roggenabkommen, das mit dem 30. Juni abläuft, und über dessen Zweckmäßigkeit in dem Untersuchungsausschuß des Reichstages lebhaft diskutiert worden ist, soll nach B.Z. Handelsdienst nicht verlängert werden.

Die Löhne der Textilarbeiter.

Verschlechterung der Reallöhne, vor dem Lohnabbau.

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht in „Wirtschaft und Statistik“, 2. Juniheft, die Ergebnisse seiner zweiten Lohnerhebung in der Textilindustrie vom September 1930. Nach der Gewerchenschaftsstatistik wurden in der Textilindustrie gezählt:

Ende Sept. 1927 2,4 Proz. Vollarbeitslose und 2,5 Proz. Kurzarb. Ende Sept. 1930 17,4 Proz. Vollarbeitslose und 40,1 Proz. Kurzarb.

Die erste Erhebung umfaßte 263 Betriebe mit 36 519 Textilarbeitern in 58 Orten, die zweite dagegen 466 Betriebe mit 55 795 Textilarbeitern, und zwar 29 505 männlichen und 26 290 weiblichen, in 121 Orten. Erfasst wurden männliche und weibliche Spinner, Weber und Hilfsarbeiter in zehn Zweigen der Textilindustrie. Im gewogenen Durchschnitt ergab sich folgender

durchschnittlicher Stundenverdienst

einschließlich der Zuschläge für Schicht-, Mehr-, Ueber-, Sonn- und Feiertagsarbeit sowie den Sozialzulagen:

	Ohne Zuschläge	Nach Tarif oder Ueberlohn
92,1 Pf für männliche Spinner	90,9 Pf.	80,5 Pf.
60,7 „ „ weibliche	60,3 „	55,3 „
93,9 „ „ männliche Weber	92,3 „	78,1 „
71,7 „ „ weibliche	70,5 „	60,7 „
70,0 „ „ männliche Hilfsarbeiter	68,9 „	62,8 „
51,3 „ „ weibliche	50,9 „	46,8 „

Die Ueberschreitungen der tariflichen Stundenlöhne oder der Akkordzuschläge durch die tatsächlichen Stundenverdienste, ohne Zuschläge, wird durch technische Verbesserungen erklärt, wodurch größere Verdienstmöglichkeiten geschaffen worden seien, sowie aus dem Umstande, daß bei der Verminderung der Belegschaften die besonders hochwertigen und gut eingearbeiteten Kräfte beibehalten wurden, „die zudem den Ausfall an Arbeitsstunden durch größere Arbeitsintensität auszugleichen suchten“.

Verstärkte Arbeitsintensität

wurde den Textilarbeitern und -arbeiterinnen bereits durch die Rationalisierung ausgezungen, durch Bedienung einer größeren Zahl von Maschinen und Spindeln und schnellerer Gangart der Maschinen. Wenn ein Teil der Arbeiter noch obendrein den Ausfall an Arbeitsstunden durch vermehrte Schusterei auszugleichen suchte, dann darf gesagt werden, daß die Arbeitsintensität in der Textilindustrie aufs äußerste hochgetrieben ist. Die Verstärkung dafür findet sich auch in der Schrift des Textilarbeiterverbandes, in der die Arbeiterinnen den Verlauf ihres Arbeitstages schildern.

Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit betrug nach der vorstehenden tabellarischen Reihenfolge der männlichen und weiblichen Textilarbeiter

42,51, 40,74, 43,60, 41,59, 45,41, 43,04 Std. Mit der Ueberarbeit von 0,62, 0,49, 0,48, 0,31, 1,64, 0,79 Std. ergab sich ein

Bruttowochenverdienst von 39,14, 24,73, 40,94, 29,57, 31,80 und 22,06 M.

Die Arbeitszeit betrug durchschnittlich weniger als 44 Stunden, und zwar nicht deshalb, weil die Textilindustriellen etwa mit Rücksicht auf die starke Arbeitsintensität eine solche Arbeitszeit für ausreichend hielten, sondern lediglich deshalb, weil es an genügenden Aufträgen fehlte, so daß auch die Ueberstunden keine große Rollen spielen konnten. Die etwas längere Arbeitszeit für die männlichen Hilfsarbeiter macht sich durch Vorbereitungen notwendig. Der höchste Bruttowochenverdienst von 40,94 M. im Durchschnitt, den die Weber erzielten, bis zu dem Wochenlohn von 22,06 M. für die über 24 Jahre alten Hilfsarbeiterinnen, stellt die Löhne in der Textilindustrie dar, die dem Unternehmertum im vergangenen Jahre als untragbar erschienen und die deshalb gleich den Löhnen in allen übrigen Industriezweigen noch um 6 bis 7 Proz. abgebaut worden sind.

Auch in der Textilindustrie gibt es natürlich einzelne Zweige,

Die Lage der Bergbauarbeiter.

Nur Arbeitszeitverkürzung kann helfen!

Der Gesamtverband des Bergbauindustriearbeiterverbandes hat dieser Lage in Rdn., das zur Zeit infolge der Grubensicherheitsausstellung für die Bergleute eine besondere Anziehungskraft besitzt, eingehend zur Lage der Arbeiter im Bergbau Stellung genommen. Zwei Dinge komplizieren diese Lage: der katastrophale Abbruch des Beschäftigungsgrades und die Finanzkrise der Knappschicht. Seit dem Januar vorigen Jahres sind allein

im Ruhrbergbau über 126 000 Bergarbeiter entlassen

worden. Die Zahl der arbeitssuchenden Bergarbeiter betrug Ende Mai dieses Jahres im Ruhrkohlengebiet rund 90 000, d. h. 34,7 Prozent der Beschäftigten. Wie wenig die Lohnabbauaktion dieser Entwicklung Einhalt gebieten konnte, geht aus der Tatsache hervor, daß seit Januar weitere 35 000 Bergarbeiter entlassen wurden. In den übrigen Bergbaubetrieben liegen die Verhältnisse ebenso ungünstig. Der Gesamtverband bringt, gestützt auf diese Tatsachen, in einer besonderen Entschließung nochmals zum Ausdruck, daß nur eine radikale Arbeitszeitverkürzung die Arbeitslosen im Bergbau mildern kann.

Zur Knappschichtfrage

erklärt der Gesamtverband: Nachdem einwandfrei feststeht, daß die Finanzkrise der Knappschichtlichen Pensionsversicherung in der Hauptsache auf den Beschäftigungsrückgang zurückzuführen sei und nachdem die Bergarbeiterverbände die Regierung wiederholt ersucht hätten, durch ausreichende Zuschüsse bzw. eine Produktionsumlage den Knappschichtlichen Fehlbetrag zu decken, müßten die Bergarbeiter die in der Notverordnung vom 6. Juni vorgesehenen Hilfsmahnahmen als völlig unzureichend bezeichnen. Die Bestimmung, wonach

in denen Stundenverdienste über den allgemeinen Durchschnittslohn hinaus erreicht wurden, wobei sowohl die besonderen Sachverhalte als auch die verschiedene Arbeitszeitdauer eine Rolle spielen. Der höchste Stundenverdienst von 124,3 Pf. wurde in der Spitzen- und Gardinenweberei gezahlt, der niedrigste mit 41 Pf. an Hilfsarbeiterinnen der Flachstrumpfwirkerlei. Ein Vergleich der im September 1930 gezahlten Löhne mit den Löhnen im September 1927, zeigt folgende Ergebnisse:

Die Nominalstundenverdienste

sind von September 1927 bis September 1930 um 13,8 Proz. gestiegen; mit den tariflichen Zuschlägen — die durch Abnahme der Ueberstunden geringer wurden — um 12,9 Proz. Die Steigerung der Stundenverdienste war am stärksten bei den Hilfsarbeiterinnen, am schwächsten bei den Spinnerinnen. Die Stundenverdienste einschließlich der Zuschläge überschritten die Vorkriegsverdienste in allen Fällen um das Doppelte. Die Stunden- und Akkordlöhne sind von September 1927 bis 1930 um 12 bis 16 Proz. gestiegen, die tatsächlichen Stundenverdienste jedoch nur um 10 bis 13 Proz. Trotz der Steigerung der Stundenverdienste war der durchschnittliche Bruttowochenverdienst im September 1930 für alle Berufsarten niedriger als im September 1927, und zwar infolge des Rückgangs der Wochenarbeitszeit. Die gesetzlichen Abzüge vom Bruttowochenverdienst für Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge sind bei beiden Erhebungen festgestellt worden. Die Abzüge haben sich erhöht und zwar gegen 1927 um 7,1 Proz., und gegen 1913 um mehr als das Doppelte, um 110 Proz.

Im September 1927 betrug die Indexziffer der Lebenshaltungskosten 147,1 und im September 1930 146,9. Nach Abzug der Lohnsteuer und Sozialbeiträge können

die Realwochenverdienste

im September 1927 und im September 1930 miteinander in Vergleich gestellt werden.

	1913	September 1927	September 1930
Männliche Spinner	24,30	27,21	112,0
Weibliche	15,10	17,30	114,6
Männliche Weber	24,19	25,74	106,4
Weibliche	17,14	19,25	112,3
Männliche Hilfsarbeiter	18,99	20,79	109,5
Weibliche	13,52	13,92	103,0

Bei dieser Gegenüberstellung mußte das nicht unwesentliche Moment der gegen das Jahr 1913 gesteigerten Arbeitsintensität außer Betracht bleiben. Allein es kann nicht unberücksichtigt bleiben bei der Feststellung, daß die Realwochenverdienste in den drei Jahren 1927 bis 1930 zurückgegangen sind, und zwar für die Hilfsarbeiterinnen bis unter den Reallohn der Vorkriegszeit. Dieser kalte Lohnabbau hat jedoch den Textilarbeitern nicht genügt. Sie blieben bei der Lohnabbauwelle nicht zurück und verkürzten diese verschlechterten Reallöhne um weitere sechs bis sieben Proz.

Eine nicht unwesentliche Ergänzung des Ergebnisses dieser Erhebung könnte von den Unternehmern geliefert werden durch eine vergleichende Ueberlicht über die Zahl der in der Textilindustrie beschäftigten Direktoren und deren Gehälter im Jahre 1913, im September 1927 und im September 1930. Haben auch die Herren General- und nachfolgenden Direktoren begreiflicherweise daran kein Interesse, um so größer ist das öffentliche Interesse an dem Wandel der Dinge. Auch die Aktionäre der mit so großem sozialen Kampfsgeist gegen die Textilarbeiterschaft ins Leben getretenen Norddeutschen Wollkammerei hätten ein gewisses Interesse daran und würden darin sicher einen gewissen Trost für ihre Verluste finden.

Die zweite amtliche Lohnerhebung zeigt das ganze Geschick der Unternehmer über die „hohen, untragbaren“ Löhne der deutschen Arbeiterchaft als blinden Lärm und den von der Reichsregierung geförderten Lohnabbau als eine Ungerechtigkeit, die sobald als möglich wieder gut gemacht werden muß.

die vorgesehenen Reichszuschüsse in Höhe von 70 Millionen nur dann gewährt werden, wenn der übrige Fehlbetrag durch Leistungsabbau und nicht nur durch Senkung der Verwaltungskosten eingespart werde, bedeute eine völlig ungetreue Belastung der Bergarbeiter und eine höchst unsoziale Schwelgerei ihrer mühsam erworbenen Rentenrechte. Die Bergarbeitervertreter erwarteten eine baldige Aenderung der Notverordnung, die den Grundfragen sozialer Gerechtigkeit entspreche.

Der Abschluß des Senfer Uebereinkommens

zur Festsetzung der Dauer der Arbeitszeit in den Kohlenbergwerken wird vom Vorstand in seiner Entschließung als erster Schritt zu einem friedlichen Zusammenwirken der europäischen Kohlenländer begrüßt. Die Reichsregierung müsse nunmehr unverzüglich die Ratifikation dieses Uebereinkommens betreiben.

40-Stunden-Woche für Behörden-Angestellte Verhandlungen ergebnislos.

Im Reichsfinanzministerium waren am Montag neue Verhandlungen zwischen den Vertretern der Reichsverwaltung, der Reichsbahn und der Reichsbank und den am A.R.T. beteiligten Angestelltengewerkschaften über die Einführung der 40stündigen Arbeitswoche für Behördenangestellte in den genannten Verwaltungen. Die Gewerkschaften beharrten bei ihrer bisherigen Forderung, daß die Verkürzung der Arbeitszeit für die Angestellten allein (also ohne Beamte) nicht eintreten dürfe, vor allem aber eine in Verbindung damit geplante Gehaltsverminderung unbedingt abgelehnt werde.

Der Vertreter der Reichsverwaltung erklärte darauf, daß unter diesen Umständen die angestrebte tarifliche Vereinbarung nicht zustande kommen könne. Die Reichsregierung werde im Wege der

GOLDENE MEDAILLE SALONIKI (MAZEDONIEN)

ENVER BEY

ist und bleibt

VALUTA

Die Volkszigarette!

DICK UND RUND 0/MST.

PACKUNG 30 PFENNIG

Im Westen nichts Neues

Wir zeigen den Film „Im Westen nichts Neues“ unseren Mitgliedern und deren Angehörigen in der Zeit vom Freitag, dem 26. Juni, bis einschließlich Freitag, 3. Juli 1931, in folgenden Theatern:

Mercedes-Palast, Neukölln, Hermannstr. 212
Kristall-Palast, Berlin N, Prinzenallee 1-6
Welt-Kino, Moabit, Alt-Moabit 99
Flora-Lichtspiele, Landsberger Allee 40-41
Union-Theater, Köpenick, Rudower Straße 1
Havel-Lichtspiele, Spandau, Havelstraße 20

vom Mittwoch, dem 1. Juli, bis einschließlich Donnerstag, dem 9. Juli 1931, im

Alhambra-Theater, Berlin N, Müllerstraße 136
Stella-Palast, Berlin, Köpenicker Straße 12-15
Turma-Palast, Schöneberg, Hauptstraße 144
Elysium-Theater, NO, Prenzlauer Allee, Ecke Danziger Straße
Alhambra, Charlottenbg., Kurfürstendamm 68

vom Freitag, dem 3. Juli, bis einschließlich Freitag, dem 10. Juli 1931, im

Rivoli-Theater, Bergmannstr. 5-7
Schloßpark-Theater, Weißensee, Berliner Allee 205-206

Der Verkauf der Karten findet täglich von 3 Uhr ab an den Kassen aller obengenannten Theater statt. Karten werden nur gegen Vorzeigung eines Mitgliedsausweises der unterzeichneten Organisationen abgegeben.

- | | |
|---|--|
| Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Ortsausschuß Berlin | Allgemeiner freier Angestellterbund
Ortskartell Berlin |
| Allgemeiner Deutscher Beamtenbund
Bezirksausschuß Groß-Berlin | Bezirksausschuß für sozialistische Bildungsarbeit |
| Deutscher Freidenker-Verband | Volksbühne E.V. |
| Kartell für Arbeitersport und Körperpflege | |
| Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen | |

Dienstag, 30. 6.
Staats-Oper
 Unter d. Linden
 302. A.-V.
Tannhäuser
 (Pariser Fassung)
 Ende 22 1/2 Uhr

Dienstag, 30. 6.
Städt. Oper
 Bismarckstr.
Ge-schlossen

Staats-Oper
 Am Platz der Republik
 V.-B.
 20 Uhr
Aus einem Totenhaus
 (Offenl. Kartensverkauf)
 Ende n. 22 Uhr

Städt. Schausp.
 (am Gendarmenmarkt)
 239. A.-V.
 20 Uhr
Agamemnon
 Ende n. 22 Uhr

Städt. Schiller-Theater, Charlthg
 20 Uhr
Der Richter von Zalamea
 Ende nach 22 1/2 Uhr

Winter Garten
 8.15 Uhr Flora 3434 Rauchen erlaubt
Kirdweh am Tegernsee
 Rebia - Kembre - Bootz
 Krehan, Tudor & Co. - usw.

Volksbühne
 Theater am Blümlplatz.
 8 Uhr
Lumpazi-vagabundus

Städt. Schiller-Th.
 8 Uhr
Der Richter von Zalamea

Staatsober
 Am Pl.d.Republik
 8 Uhr
Aus einem Totenhaus

Rose-Garten
 Wochentags 5.30 Uhr
 Sonntags 5 Uhr
 großes Konzert und 8 internationale Varietenummern und Operette.

„Der Hutmacher Sr. Durchlaucht“
 Vom 6. bis 8. Juli:
Das traditionelle Rosenfest
 mit Lotte Werkmeister

ROSE THEATER
 Wochentags 8.15 Uhr
 Sonntags 5.45 Uhr 9 Uhr

Die schöne Helena
 von Jacques Offenbach
 Regie: Max Reinhardt

Metropol-Theater
 Täglich 8 1/2 Uhr
Die Toni aus Wien
 Mady Christians, Michael Böhm

Carl de Vogt in
„Der Herr mit dem Fragezeichen“
 Lustspiel von Möller und Lorenz mit Hermine Sterler, Maria West, Armin Schweizer u. a.
 Regie: Paul Rose
 Preise: 0,50 M. bis 3,00 M.
 Gr. Frankfurter Str. 132. U-Bahn Strausberger Platz. 6 tägiger Vorverkauf 11-1 u. 4-9 Uhr. Tel. Bestell. E 7 Weichsel 3427

Deutsches Theater
 8 Uhr
Der Hauptmann von Köpenick
 v. Carl Zuckmayer
 Regie: Heinz Hilpert

Die Komödie
 Täglich 8 1/2 Uhr
Dienst am Kunden
 von Carl Hols und Max Hansen
 Regie: Hans Deppe

Kurfürstendamm-Theater
 Bismarck 449
 8 1/2 Uhr
Die schöne Helena
 von Jacques Offenbach
 Regie: Max Reinhardt

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin
Todesanzeigen
 Den Mitgliebrern zur Nachricht, daß unter Kollegen, der Helfer
Karl Neubauer
 am 27. Juni gestorben ist.
 Die Beerdigung findet Dienstag, den 30. Juni, 16 Uhr, von der Leichenhalle des 2. hildischen Friedhofes, Epitaph, aus statt.
 Regte Beteiligung wird erwartet.

Nachruf
 Am 13. Juni starb unser Kollege, der Schraubendreher
Paul Buchwald
 geb. 4. Dezember 1881.
 Am 13. Juni starb ferner unser Kollege, der Schlichter
Albert Meske
 geb. 27. Juni 1882.
 Ferner starb unser Kollege, der Arbeiter
Paul Exner
 Die Belegungen haben bereits stattgefunden.
 Ehre ihrem Andenken!
 Die Ortsverwaltung.

Autonem erregende Entdeckung: Hormone heilen Arteriosklerose!
 (Hormone: Adrenalin, Thyroxin, etc.)
 Organische Substanzen, die die Arterienwände elastisch machen und die Blutzirkulation fördern.
Arterienverkalkung heilbar!

KLEINE ANZEIGEN
 Preise: Überschriftswort 25 Pf., Textwort 12 Pf.
 Wiederholungsrabatt: 10 mal 5 Proz., 20 mal oder 1000 Worte Abschluß 10 Proz., 2000 Worte 15 Proz., 4000 Worte 20 Proz. - Stellengesuche: Überschriftswort 15 Pf., Textwort 10 Pf. - Anzeigen, welche für die nächste Nummer bestimmt sind, müssen bis 4 1/2 Uhr nachm. im Verlag, Lindenstr. 3, oder auch in sämtlichen Vorwärts-Filialen und -Ausgabestellen abgegeben sein

Verkäufe
Wäsche usw.
Wäsche
 120,-, monatlich
 100,-, monatlich
 80,-, monatlich
 60,-, monatlich
 40,-, monatlich
 20,-, monatlich

Fahrräder
Gebrauchte
 15,-, 20,-, 25,-
 30,-, 35,-, 40,-
 45,-, 50,-, 55,-
 60,-, 65,-, 70,-
 75,-, 80,-, 85,-
 90,-, 95,-, 100,-

Möbel
Schreibtische
 100,-, 120,-, 140,-
 160,-, 180,-, 200,-
 220,-, 240,-, 260,-
 280,-, 300,-, 320,-
 340,-, 360,-, 380,-
 400,-, 420,-, 440,-
 460,-, 480,-, 500,-

Baumarkt
Saunpflanze
 10,-, 12,-, 14,-
 16,-, 18,-, 20,-
 22,-, 24,-, 26,-
 28,-, 30,-, 32,-
 34,-, 36,-, 38,-
 40,-, 42,-, 44,-
 46,-, 48,-, 50,-

Musik-Instrumente
Violinen
 100,-, 120,-, 140,-
 160,-, 180,-, 200,-
 220,-, 240,-, 260,-
 280,-, 300,-, 320,-
 340,-, 360,-, 380,-
 400,-, 420,-, 440,-
 460,-, 480,-, 500,-

SCALA PLAZA
 Täglich 8 und 8 1/2 U.
 Heute letzter Tag!
Singing Babies
 Mae Wynn u. Huddy usw.

HAUS WATERLAND
 Vergnügungs-Restaurant
Berlins
 BETRIEB KEMPINSKI

Reichshallen-Theater
Stettiner Sängers
 Zum Schluß
„Alles verrückt!“
 Anfang 8 Uhr
 Preise 60 Pfennig bis 2 Mark

LUNA PARK
 Heute Volkstag
FEUERWERK 30
 Konzert Varieté Pig.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Donnerstag, den 2. Juli,
 abds. 5 Uhr, in Gewandhaus, Stallger Straße 128

Gemeinsame Branchen-Versammlung der Drucker, Gürtler und Metallarbeiter
 Tagesordnung:
 1. Kassenrechnung u. Verbandsrechnung.
 2. Kassenbuch.
 3. Bericht des Vorstandes.
 Mitgliedsbuch legitimiert.
 Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Funktionäre!
 Die Bezirksvereinsammlungen:
 Konferenz des 1., 8., 15., 18., 19. und 20. Bezirks 1881 im Monat Juli aus. Die Ortsverwaltung.

Betten, Bettfedern
 alle Arten Baumwollwaren
 billig und dauerhaft bei
Ed. Hoffmeister,
 50 36, Wiener Straße 20
 seit 40 Jahren am Görlitzer Bahnhof